

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 42.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratannahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln, den 20. Oktober 1911.

Insertionspreis für die vieresp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengeuche und Angebote, sowie Anzeigen der Bahnhöfe kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Köln, Palmstraße 14. Telefonruf B. 1343. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

12. Jahrg.

Ein Appell an die Ehre!

Unser Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands ist in einer guten Entwicklung begriffen. Die Mitgliederzahl steigt, die Einnahmen wachsen, das Vermögen wird größer.

16 075 Kollegen

Am Schlusse des III. Quartals dieses Jahres, das Mitglieder unserer Berufsorganisation sind. Seit dem Jahresbeginn hat sich die Zahl der Verbandsmitglieder um 1668 vermehrt.

So freudig der Fortschritt begrüßt werden muß, so wenig kann die Tatsache befriedigen, daß nicht alle Verbandsmitglieder und nicht alle Kollegen in gleichem Maße zu dieser Entwicklung beigetragen haben.

Ein edler Wettstreit

muß deshalb einsehen, wobei ein Bezirk dem anderen, dieser Kollegen jenem zu zeigen hat, daß die Ehre des einzelnen Bezirks, der Zahlstelle, des Mitgliedes, für den weiteren Fortschritt des Verbandes eingeseht wird. Am Schlusse des Jahres muß sich dann zeigen, was unter Ausbietung der besten Kräfte erreicht worden ist.

Jedes Mitglied

muß es als Ehrenpflicht betrachten, nur einen, — einen einzigen — Kollegen für den Verband in diesem Jahre noch zu gewinnen. Wo der gute Wille vorhanden, ist das eine spielend zu lösende Aufgabe.

Jeder Vertrauensmann

hat in dem ihm zugetheilten Kreise zu suchen, wer für den Verband noch gewonnen werden muß. Nicht er allein soll Mitglieder für den Verband werben; seine Pflicht ist, daß er die Mitglieder, die er bedient, stets hinweist auf das, was für den Verband zu geschehen hat.

Jede Zahlstelle

muß mit Aufbringung aller Kräfte eine starke Vermehrung ihrer Mitgliederzahl zu erreichen suchen. Die Zahl der Unorganisierten ist größer wie vielfach angenommen. Neue Betriebe, neue Berufe sind noch für den Verband zu erschließen.

Jeder Agitationsbezirk

weiterere mit dem andern. Nicht dort, wo schöne Reden gehalten, aber im sonstigen alles seinen alten Gang weitergeht, ist das Verbandsinteresse am größten, sondern dort, wo trotz aller Schwierigkeiten der Bezirk vorwärts geht, neue Zahlstellen sich bilden und die bestehenden Zahlstellen fortlaufend die Zahl ihrer Mitglieder erhöhen.

Jeder Sekretariatsbezirk

wird im Bericht zum nächstjährigen Verbandsstag Rechenschaft ablegen müssen, ob sich all seine Glieder der gestellten Aufgabe bewußt waren, ob sie mit ihrer Ehre für den Fortschritt des Verbandes gekämpft haben.

Arbeite ein jeder an seiner Stelle und lasse sich niemand von einem andern übertreffen. Mit starkem Willen vorwärts!

Es gilt die Ehre!

Die Not des Ueberflusses.

Unter den Waggonfabriken stehen hinsichtlich ihrer Rentabilität die beiden Breslauer an erster Stelle. Die Gewinne der beiden Unternehmungen sind so bedeutend, daß die leitenden Männer in Not sind, wohin sie den Geldstrom lenken sollen. Das „Berliner Tageblatt“ (Nr. 523) redet deshalb nicht mit Unrecht in einer Abhandlung über eine geplante Verbindung der beiden Aktien-Gesellschaften, von einer „Not des Ueberflusses“. Wie die Handelsblätter melden, sollen nämlich Verhandlungen, die auf eine Verbindung der Hofmannschen und der Dinkelischen Waggonfabriken hinführen, sich ihrem Abschlusse nähern.

Die Vereinigung von Betrieben ist zwar eine alltägliche Erscheinung. In den meisten Fällen wird sie bewerkstelligt, um eine größere Rentabilität der Betriebe herbeizuführen, oder auch um eine finanzielle Not nicht so klar in die Erscheinung treten zu lassen. In diesen Arten der Verschmelzungen gehört die in Breslau geplante Verbindung nicht. In diesem Falle handelt es sich um eine ganz neue Erscheinung. Nach dem Plan sollen anscheinend beide Gesellschaften als Finanzunternehmungen selbständig bestehen bleiben, neben ihnen soll aber eine Art Betriebs- oder Pachtgesellschaft gegründet werden, die die Betriebe und ihre Fabrikation übernimmt. Schließlich ist noch die Gründung einer Terraingesellschaft geplant, die den nach Verlegung der Betriebe in die Vorstädte

freigewordenen städtischen Grundbesitz der beiden Gesellschaften erwerben und verwerten soll. Daß sich zwei Terrains in Breslau, von denen das eine am Striegauer Platz, das andere in der Holteistraße liegt, gemeinsam viel besser verwerten lassen als getrennt, kann nicht angenommen werden. Auch das Motiv der rationelleren Betriebsorganisation ist nicht als sonderlich ausschlaggebend zu erachten, wenn man berücksichtigt, daß beide Unternehmungen schon heute sehr hohe Renten abwerfen, und aus mancherlei Gründen Bedenken tragen müssen, die von ihnen erzielten sehr hohen Gewinne in voller Höhe als Dividenden auszuschütten.

Die Waggonfabrik Linke, die als Aktien-Gesellschaft am 28. Februar 1871 gegründet wurde und heute circa 4600 Arbeiter beschäftigt, arbeitet mit einem Aktienkapital von 6 600 000 Mark. Sie betreibt neben dem Waggonbau auch noch Maschinenbau. Der Umsatz des Unternehmens belief sich im Jahre 1909 auf 26 433 555 Mk. Neben dem Aktienkapital laufen zwei Anleihen im Betrage von 6 600 000 Mk. Ende 1909 waren von den Obligationen noch solche im Werte von 6 127 000 Mark im Umlauf. In der Bilanz der Gesellschaft erscheinen verschiedene Aktiven nur noch mit einem lächerlich geringen Betrage; so die Gebäude und Immobilien des Werkes an der Striegauer Chaussee und zu Pöpelwitz mit je 1 Mk. Derselbe Betrag gilt auch für die Maschinenanlage an der Striegauer Chaussee, zu Pöpelwitz und Klein-Mochbern. Für Werkzeuge und Utensilien stehen 2 Mk., für Modelle und Zeichnungen 1 Mk. und für Gespanne ebenfalls 1 Mk. zu Buch. In Reserven stehen zur Verfügung: Reservefonds für schwebende Garantien 100 000 Mark, Spezialreservefonds 300 000 Mk., Reservefonds 660 000 Mk., Reservefonds für den Neubau der Waggonfabrik 2 000 000 Mark. Die Anteile an dem Aufsichtsrats und der Vorstandsmitglieder beliefen sich 1909 auf 144 566 Mk. Die Dividenden beliefen sich in den Jahren 1887 bis 1910 auf 5, 9, 12, 14, 13 1/2, 10, 7 1/2, 8 1/2, 10, 14, 15, 16, 16, 14 1/2, 8, 6 1/4, 8 1/2, 12 1/2, 16, 18, 20, 22, 25, 25 Prozent. Der Kurs der Aktien stand Ende 1909 auf 412,50.

Die Gebrüder Hofmann & Co., Aktien-Gesellschaft, wurde gegründet am 22. Januar 1872. Das Aktienkapital beträgt 1 125 000 Mark. 1909 stellte das Unternehmen 818 Wagen her. Der Umsatz an Wagen und anderen Fabrikaten hatte 1909 einen Wert von 4 579 087 Mk. Zwei Hypotheken in Höhe von 400 000 Mk. befinden sich in eigenem Besitze. Auch dieses Unternehmen konnte reichliche Abschreibungen vornehmen. Es stehen zu Buch: Gebäude 1 Mk., Geleise 1 Mk., elektrische Beleuchtung 1 Mk., Maschinen, Werkzeuge und Utensilien 1 Mk. In Reserven werden verzeichnet: Unkosten-Reservekonto 125 000 Mark, Reservefonds für schwebende Garantien 150 000 Mk., Reservefonds I 1 125 000 Mark, II 500 000 Mark, Dispositionsfonds zur Ergänzung der Dividenden 240 000 Mark. Die Anteile an dem Vorstand und Aufsichtsrat betragen 1909 121 805 Mk. An Dividenden wurden in den Jahren 1888 bis 1910 verteilt: 2, 4, 9, 12, 14, 13 1/2, 10, 5, 6, 9, 11, 15, 18, 22 1/2, 18, 13 1/2, 12, 12, 18, 21, 22, 35, 35, 40, 35 Prozent. Der Kursstand der Aktien war Ende 1909 540,25, zur Zeit beträgt er 722.

Die sehr günstige finanzielle Lage beider Gesellschaften läßt darauf schließen, daß die Transaktion erfolgen soll, weil beide Unternehmungen nicht mehr recht wissen, in welcher Form sie die von ihnen erzielten ständig anschwellenden Gewinne verteilen oder zurückhalten sollen. Die Ausschüttung allzuhoher Dividenden ist für beide Gesellschaften um dessentwillen nicht ratsam, weil ihre Hauptabnehmer die staatlichen Eisenbahnverwaltungen sind und schon die jetzt bezahlten Dividenden der Gesellschaften den Gedanken nahelegen können, daß die Eisenbahnverwaltungen für die von ihnen bezogenen Waggonen an die Unternehmungen zu hohe Preise zahlen. Eine Zurückhaltung unverteilter Gewinne wird sich aber auf die Dauer kaum mehr ermöglichen lassen, da es bei den schon vorhandenen starken Rücklagen an Fonds zur Aufnahme neuer Rückstellungen fehlt.

In dieser „Not“ sind nun beide Unternehmungen anscheinend auf den Gedanken gekommen, durch die Schaffung beziehungsweise Abzweigung neuer Gesellschaften einerseits weitere Gefäße für Rücklagen zu schaffen und andererseits einen Verteilungsmodus für die Erträge zu konstruieren, der eine weniger auffällige Form für die Ausschüttung hoher Gewinne gestattet. Gleichzeitig soll durch die Gründung der neuen Gesellschaften eine Abtragung des Reserveüberschusses, unter denen die Gesellschaften „leiden“, ermöglicht werden. Wie nämlich verlautet, dürfte das auf circa 3 Millionen Mk. veranschlagte Aktienkapital der Betriebsgesellschaft, das von den beiden Waggonfabriken aus bereitstehenden Mitteln eingezahlt werden soll, den Vorzugs- und Stammaktionären unentgeltlich angeboten werden. Damit würde jedenfalls der Doppelerfolg erreicht, daß die Gesellschaft durch einen kräftigen Ueberlaß einen stattlichen Teil ihres überschüssigen Blutes los würden, und daß ferner die künftige Rentenzahlung jeden Unternehmens auf zwei oder drei Gesellschaften verteilt würde. Es könnte alsdann die Gesamtrente für den bisherigen Aktionär, der nun seine Dividenden aus zwei oder drei Kategorien von Aktien statt aus einer beziehen würde, erhöht werden, ohne daß deswegen Abnehmer und Arbeiter durch ein weiteres Anwachsen der Dividenden beider Gesellschaften flugig gemacht zu werden bräuchten.

Gegenüber derartigen Manipulationen ist es Pflicht der Eisenbahnverwaltungen, nachzuprüfen, ob die von ihnen gezahlten Waggonpreise das berechnete Maß nicht überschreiten. Denn es kann nicht im Interesse der Interessen des deutschen Volkes liegen, daß die Aktionäre und Leiter einiger weniger Unternehmungen sich ungehörig an den Staatsaufträgen bereichern.

Noch größer als das Interesse der Eisenbahnverwaltungen ist das der Arbeiterschaft in den Waggonfabriken an diesen Vorgängen. Nur unter den größten Opfern ist es ihnen möglich, auch nur eine geringe Lohnerhöhung von den Direktionen der schwer dividendenwerke zu erreichen. Und daß es in Breslau für die Arbeiterschaft leichter ist, etwas durchzusetzen, als anderswo, muß sehr bezweifelt werden. Im Gegenteile kann gesagt werden, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Waggonbauindustrie noch sehr viel zu wünschen übrig lassen und nicht derart sind, wie sie in anderen Waggonfabriken angetroffen werden. In Anbetracht des geschilderten Planes muß es geradezu aufreizend für die Arbeiterschaft wirken, wenn sie ihre Lage mit denen der Aktionäre der beiden Unternehmungen vergleicht. Der Vorgang in Breslau gibt die bedeutende Lehre ab, daß die Organisation der Arbeiter in den Waggonfabriken nie straff genug sein kann, und daß derjenige Arbeiter gewissenlos handelt, der müßig zuschaut, wie die von seinen Arbeitsbrüdern und der Volksgemeinschaft geschaffenen Werte durch eine raffiniert ausgeklügelte Organisation der Werke nur wenigen Geldgebern zufließen sollen.

Teuerung!

Seit einem Jahrzehnt haben wir eine langsam aber stetige Steigerung der Preise für fast alle Lebensmittel und Genussmittel und Bedarfsgegenstände für den Haushalt zu verzeichnen. Alles klagt über teure Zeiten. Teuere Zeiten sind aber nicht immer schlechte Zeiten. Es kommt stets darauf an, ob im gleichen Maße, wie die Preise steigen, auch die Einkommensverhältnisse der Bevölkerung sich vermehren. Zur allgemeinen ist festzustellen, nicht bloß von uns, sondern auch von sozialdemokratischer Seite, daß die Preissteigerungen des letzten Jahrzehnts für die Arbeiterklasse durch Lohnerhöhungen vielfach ausgeglichen sind, so daß man von einer Verschlechterung der Lebenslage im allgemeinen nicht reden kann. Freilich ist darin immerhin die bedauerliche Tatsache enthalten, daß auch keine namhafte Verbesserung eingetreten ist. Es wäre schon immerhin ein ganz bedeutender Erfolg für die deutsche Volkswirtschaft, wenn sie, ohne Verschlechterung sich den gesteigerten Kulturbedürfnissen anpassend, die Lebenshaltung ihrer steigenden Bevölkerung stabil gehalten hätte. Im letzten Jahrzehnt betrug die Zunahme der Bevölkerung rund 9 Millionen. So weit also eine Verteuerung der Lebensbedürfnisse gegenüber früheren Zeitperioden zu verzeichnen ist, darf man sie nicht unbedingt ansprechen als eine direkte Verschlechterung der Lebenslage. Vielfach ist ja die Erhöhung der Preise bis zu einem gewissen Grade durch die Erhöhung der Produktionskosten, die sich im letzten Grunde zum großen Teil aus Arbeitsleistungen und Arbeitslöhnen zusammensetzen, verursacht. Die Erhöhung der Löhne muß indirekt eine Steigerung des Preises für die Produkte zur Folge haben, soweit sie nicht durch technische Neuerungen, Verbilligung des Rohmaterials oder Verminderung des Unternehmergewinnes ausgeglichen wird. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß die Quote des Unternehmergewinnes mindestens keine Reduzierung erfahren hat. Die Möglichkeit, in einer kurzen Spanne Zeit mit Hilfe der rücksichtslossten Ausbeutung der Arbeitskräfte und Verschlechterung schlecht hergestellter Waren Reichtum zu erwerben, war in der Gründerperiode, zur Zeit der Kinderkrankheit der Industrie, sehr oft möglich. Heute ist sie zur Ausnahme geworden. Der Unternehmergewinn muß eine bestimmte Höhe haben, soll er das Kapital anregen, sich an den Unternehmungen zu beteiligen. Die Preise der Rohstoffe sind, abgesehen von den Schwankungen des Marktes selbst, kaum billiger geworden. Auch auf sie wirken teuernd die Gestehungskosten, sowohl im Inland wie im Ausland. Daß die Löhne unter dem Druck der gewerkschaftlichen Aktionen und infolge einer ruhigen, stabilen Entwicklung unserer Industrie gestiegen sind, ist des öfteren nachgewiesen. Soweit also höhere Preise für die Produkte die Folge sind von sozialer Besserstellung der unteren Volksklassen, kann und muß man sich damit abfinden. Einige Beispiele dafür:

Das größte Lohnelend herrscht heute in der Heimindustrie. Die Löhne der Heimarbeiter sind um so niedriger, je gerinwertiger das Fabrikat ist. Die Heimarbeitersituationen von Berlin und Frankfurt zeichnen für Qualitätswaren der Heimindustrie freilich bessere Löhne als für die Massenartikel, die von den unteren Volksklassen konsumiert werden. In dem Moment, wo es für die Heimindustrie gelingen würde, eine kleine Erhöhung der Preise für die Produkte zu erzielen, könnten die Löhne der Heimarbeiter

in gleichem Umfang aufgebessert werden. Es wird dies leider verhindert einerseits durch die Schmutzkonzurrenz der Fabrikanten untereinander, andererseits, weil sich in dieser Industrie das Glend und die Armut stets in den niedrigsten Lohabedingungen anbieten. Aber sicher ist, daß eine generelle Besserung der Heimarbeitsverhältnisse zur Vorbedingung oder als notwendige Rückwirkung haben müßte; eine Steigerung der Preise der fertigen Fabrikate.

Im deutschen Bergbau herrschten bis zur Gründung des Kohlenyndikats die aller schlimmsten Zustände. Niedrige Löhne, massenhafte Ueberschichten und Ueberstunden, rücksichtslose Ausnutzung der Arbeitskräfte, mangelhafte Durchführung der Arbeiterschutzgesetze. Nachdem durch das Kohlenyndikat die Preise geregelt wurden, haben sich die Verhältnisse im Bergbau gebessert. Die größeren Gewinnüberschüsse der Werke ermöglichten die Einführung aller technischen Neuerungen, wie auch Erhöhung der Bergarbeiterlöhne. Regelmäßige Entwicklungen kann man in der Eisenindustrie beobachten. Auch die Tätigkeit der inzwischen erstarkten Gewerkschaftsorganisationen wirkte in jeder Hinsicht bessernd mit.

So könnten noch manche Beispiele angeführt werden, wo die erste Voraussetzung für bessere Löhne und Arbeitsverhältnisse, bessere Preise für die Produkte wären. Insofern müssen wir uns also mit diesen Preissteigerungen abfinden. Ganz ähnlich liegt die Sache mit den Lebensmitteln. Es ist nicht richtig, wenn man die in den letzten Jahren erhöhten Preise für Fleisch, Brotgetreide usw. nicht an dem Preisstand der 80er und 90er Jahre, jener Jahre, wo Deutschland überflutet wurde durch den Ueberfluß der Agrarprodukte des Auslandes. Der Beweis hierfür ist schon darin gegeben, daß nicht bloß Deutschland, sondern auch die Länder um uns herum die gleichartige Steigerung der Lebensmittelpreise zu verzeichnen haben. Selbst Amerika, das Land mit seinen riesigen Agrarflächen, hat eine Steigerung der Fleischpreise um 150 Prozent innerhalb 10 Jahren erlebt, was der Preise für Brotschneide um 60 Prozent. In dem Maße, in dem die Getreide exportierenden Länder eine Industrie entwickeln, in dem Maße steigt in diesen Ländern der Inlandsverbrauch und damit vermindert sich das Quantum, das für den Weltmarkt, also auch für Befriedigung unserer Bedürfnisse in Deutschland abgegeben werden könnte. Weiterhin aber steigen auch die Produktionskosten der Agrarwirtschaft. So lange Amerika über jungfräulichen Boden verfügt, der ohne erhebliche Arbeit und ohne Dünger die besten Produkte liefert, konnte es für den Inlandsverbrauch und den Export billige Preise normieren. In dem Augenblick, wo zur Düngewirtschaft übergegangen werden mußte infolge Erschöpfung der natürlichen Bodenkraft, und gleichzeitig mehr Arbeitskosten aufgewendet werden mußten, stiegen die Preise rapid.

Die Gerechtigkeit verlangt, für die Ursachen der Preissteigerung auch die anderen Umstände in Rechnung zu ziehen, die miteinwirkend sind. Die deutsche Inlandsproduktion an Fleisch und Brotschneide ist gewaltig gestiegen, wie dies in unserer volkswirtschaftlichen Rundschau bereits nachgewiesen ist. Die Steigerung dieser Produktionsleistung unserer Landwirtschaft hat zur notwendigen Voraussetzung eine bessere Preisgestaltung für ihre Produkte — der ähnliche Vorgang, wie oben beim Bergbau, der Heimindustrie und der Eisenindustrie geschildert. Eine bessere Preisbildung für die Landwirtschaft war erst möglich durch unsere neuzeitliche Wirtschaftspolitik. Erst nachdem für einen längeren Zeitraum die deutsche Landwirtschaft gegen die Konkurrenz des Auslandes einseitig geschützt war, konnte sie sich mit mehr Intensität auf die Bewirtschaftung des Bodens und auf die Viehzucht werfen. Die intensivere Wirtschaft bedingt größeres Betriebskapital zur Beschaffung von Maschinen, Erbauung von Stallungen und Einrichtungen, die den neuesten Erfindungen, besonders auf dem Gebiete der Hygiene, entsprechen; ferner zur Beschaffung von Kunstdünger und Kraftfutter. Weiterens für die landwirtschaftliche Produktion wirkt alsbald der Gesundheitsschutz sowie die Veterinärpolizeivorschriften für Vieh und Fleisch, nicht zuletzt jedoch auch die Erhöhung der landwirtschaftlichen Arbeiterlöhne. Intensive Wirtschaft und Viehzucht ist nur möglich mit tüchtig geschultem Personal. Die Beschaffung des landwirtschaftlichen Arbeitspersonals wurde im letzten Jahrzehnt immer schwieriger.

Es soll nicht gesagt sein, daß tiefe Löhne heute übermäßig hoch wären und keiner Verbesserung mehr bedürftig, sondern die Bemerkung soll nur als Nachweis gelten für die Steigerung der Produktionskosten für die Landwirtschaft selbst. Ganz besonders in der Viehhaltung hat sich ein vollständiger Umwandel vollzogen. Während früher dieselbe fast ausschließlich durch weibliches Personal besorgt wurde, liegt sie jetzt in größeren Betrieben in den Händen der Viehweiber, die immerhin ganz erheblich höhere Löhne beanspruchen, wie die früheren Dienstmägde. Wir finden deshalb, daß die Viehhaltung gerade in den kleinbäuerlichen Kreisen am allermeisten Fortschritt gemacht hat und auch lohnend gewesen ist, weil dort der Landwirt meist mit eigenem Personal die Arbeiten verrichtet.

Also es gibt gewisse natürliche Gründe, die eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produkte erklären. Wenn wir dies ehrlich anerkennen, dann muß eben so offen ausgesprochen werden, daß diejenige Forderung, um die es sich gegenwärtig handelt, ihrer Grund nicht in den vorerwähnten Umständen allein hat, sondern daß außerordentliche Verhältnisse mitgewirkt haben.

Diese bestehen in der großen Dürre des letzten Sommers, sowie des Minderertrags der Winterernte sowohl für den Sommer, wie auch für den Herbst, und im Zusammenhang damit Verdrängung der Weiden. Wer in diesem Sommer auf dem Lande draußen war und einigermaßen das Verstandnis für landwirtschaftliche Vegetation besitzt, den kann man die arangeln verbrannten Weiden und Wälder. Die Folge der Futternot war zuerst ein Ansteigen der Preise für Kollerreisstrohkasse. Der Milchmarkt war gerettet. Infolgedessen kam das Angebot, damit wenigstens naturgemäß auch die Preise. Es ist gegenwärtig noch nicht klar, wie die Milchpreissteigerungen, die zum Teil 2-5 Pfg. pro Liter betragen, in Szene gesetzt hat.

Eine weitere Folge der Dürre hätte sein müssen: Verbilligung der Fleischpreise, weil die Landwirte sich gezwungen sehen, infolge des Futtermangels ihren Viehbestand zu vermindern. Trotz dieses größeren Angebots von Vieh ist eine Verbilligung der Fleischpreise aber nicht eingetreten. Die Metzger behaupten vielfach, sie müßten sich jetzt durch Hochhaltung der Preise schadlos halten für die großen Verluste, die ihnen der heiße Sommer durch Verderben der Ware, Eismangel usw. gebracht hätte. Die landwirtschaftlichen Korporationen haben mit Unterstützung der Landwirtschaftskammern den Landwirten selbst dringend angeraten, wenn auch mit höheren Kosten, das Vieh durchzuführen, um eine gar zu große Reduzierung des Viehbestandes zu verhindern, die eine noch erheblichere Preissteigerung für Vieh und Fleisch im kommenden Frühjahr und Sommer befürchten läßt. Es dürfte dies nicht überall gelingen. Zuerst haben die Bauern die erste Heuernte, die sonst für Winterfutter gilt, verflüchtigt, in der Hoffnung, durch zeitigen Regen würde das Herbstfutter wenigstens einigermaßen geraten. Dies letztere ist nicht eingetreten. Auch das Herbstfutter ist durch die Dürre fast überall vollständig ausgefallen. Wir werden deshalb damit zu rechnen haben, daß der Viehbestand sowohl an Rindvieh wie Schweinen erheblich vermindert wird.

Vielmehr misraten ist weiterhin die Gemüseernte und zwar auch derjenigen Gemüse, die in der Hauptsache für die Winterversorgung dienen: Weißkohl, Wirsing, Kürbisse usw.

Die durch diese Umstände herbeigeführte Teuerung ist ein unabwendbares Verhängnis, für die niemand eine Schuld trifft. Die von der Dürre betroffenen Landwirte sind meist selbst schwer geschädigt. Die Verhältnisse liegen nicht überall gleich. Diejenigen Bauern, welche auf die Weidewirtschaft angewiesen sind, oder vornehmlich auf Viehzucht, haben schwere Verluste, die im einzelnen Falle direkt zum Ruin führen. Andere, die wesentlich Körnerbau und Schweinemast betreiben, haben infolge der guten Weizen-, Roggen- und Haferernte und der immerhin mäßig ertragreichen Kartoffelernte keinen besonderen Schaden.

Kann man die Teuerung der vorbesprochenen Agrarprodukte aus natürlichen Verhältnissen erklären, so ist es schon schwieriger, die Frage zu beantworten, warum alle anderen Produkte, besonders die Kolonialwaren, Zuder-, Kaffee, Nudeln, Graupen, Reis usw. enorme Preissteigerungen zu verzeichnen haben, ohne daß hier ein Mißwachs eintrat. Erklärlich ist, daß durch den Ausfall der Gemüseernte die Nachfrage nach anderen Produkten steigt, aber dies erklärt nicht die hohen Preissteigerungen. Vielmehr hat wohl dazu beigetragen die Spekulation der Börse und der Händler, welche die Teuerungsnachrichten benutzen zu unerträglichen Preissteigerungen. Dieses Kapitel bedarf noch einer besonderen Untersuchung und Feststellung, ganz besonders auch, inwiefern Preisfaktoren des internationalen Handels hier vornehmend gewirkt haben.

Wie dem immerhin sein mag, die Hauptfrage ist die: Wie kommen wir über die teure Zeit hinweg? Es kann gar kein Zweifel darüber herrschen, daß der Lebensstand der Arbeiterfamilie außerordentlich schwer beeinflusst wird. Wenn dem früheren Steigen der Preise bis zu einem gewissen Grade Verbesserungen des Einkommens zur Seite standen, so kann es als ausgeschlossen gelten, daß für diese anormale Teuerung überall ein Ausgleich durch Erhöhung der Löhne geschaffen werden könnte. Unter dem moralischen Druck der Teuerung wird es vielleicht gelingen, humane und volkswirtschaftlich denkende Arbeitgeber zu bestimmen, vorübergehende Teuerungszulagen oder einen höheren Lohn zu zahlen. Andererseits muß jedoch betont werden, daß einzelne Industrien wohl kaum in der Lage sind, die Löhne so zu erhöhen, daß ein völliger Ausgleich in der Lebenshaltung der Arbeiter erfolgt. In einzelnen Industrien macht sich bereits eine rückläufige Konjunktur bemerkbar, besonders in der Textilindustrie. Die Ursachen hierfür sind wohl in erster Linie mit darin zu suchen, daß die Haushaltungen für Ernährungszwecke erheblich mehr ausgeben müssen, was sie ersparen müssen durch Minderanschaffung weniger notwendiger Dinge, wie Kleider, Wohnungsausstattungen usw. Ferner tragen dazu bei die politischen Wirren, die Marktkonjunktur, der italienisch-türkische Krieg die Spannungen in den Balkanstaaten; alles das wirkt nachteilig auf unsere Konjunktur. Wenn wir immerhin noch einen verhältnismäßig normalen Stand des Geldmarktes zu verzeichnen haben, so zeigt dies, daß der Handel und die Industrie allmählich gelernt haben, auch solchen politischen Komplikationen gegenüber kaltes Blut zu bewahren. Die Frage bleibt aber offen, wie der Arbeiterfamilie über den Notstand hinwegzuhelfen ist, und es wird hier nichts anderes übrig bleiben als energische Maßnahmen, die Lebensmittelzufuhr zu begünstigen und zu sichern.

Für unsere Agrarwirtschaft kommt hier in erster Linie in Frage die Beschaffung von Futtermitteln. Die Eisenbahnverwaltung hat durch Ermäßigung der Tarife bereits ihrerseits etwas getan, nur macht man leider die Erfahrung, daß vielfach diese Tarifermäßigung nicht den Konjumenten, sondern den Händlern zugute kommt, so daß der erwollte Zweck manchmal durchkreuzt wird. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften sind bestrebt, dem entgegenzuwirken, hoffentlich mit Erfolg.

Weiterhin muß ins Auge gefaßt werden, wie die Zufuhr an Vieh und Fleisch erleichtert werden kann. Man kann hier vor allem auch billiges Eingegenkommen für agrarischen Kreise verlangen. Es wäre sehr verfehlt, wenn von dieser Seite Schwierigkeiten gemacht würden. Niemand wird Maßnahmen verlangen, welche die Landwirtschaft erheblich schädigen, oder der Entwicklung der Vieh- und Fleischproduktion im Inlande hinderlich sein könnten. Aber ebenso zweifellos ist es, daß infolge der Minderernte an Futtermitteln die Landwirtschaft nicht in der Lage sein wird, für die Dauer dieses Mangels den deutschen Markt genügend mit Fleischprodukten zu versorgen. Ein rechtzeitiges kluges Einlenken durch geeignete Maßnahmen die Vieh- und Fleischzufuhr zu erleichtern, liegt im letzten Grunde im Interesse der Landwirtschaft selbst. Zu erwägen wird ferner sein, die zu hohen Zölle auf Futtermittel und auf Kolonialartikel, die als Ersatz für Gemüse zu dienen haben, vorübergehend zu mindern, selbstverständlich mit der Maßgabe, daß solche Zollererleichterungen auch wirklich den Konsumenten zugute kommen und nicht in der Tasche des Groß- und Kleinhandels verbleiben.

Endlich werden auch die Gemeindeverwaltungen nicht müßig sein dürfen. In verschiedenen Großstädten ist bereits der Anfang gemacht mit Fischmärkten, die durchweg ein durchaus günstiges Resultat zu verzeichnen haben. Die Forderung der Fischernährung wäre überhaupt wünschenswert, sie könnte, wenn sie einigermaßen Anklang im Volke findet, ein wirksames Mittel sein gegen die Fleischteuerung. Aber die Gemeinden sollen sich auch damit nicht begnügen. Auch der Bezug von Gemüse, Hülsenfrüchten, Kartoffeln usw. sollte ins Auge gefaßt werden. Das Geschrei, welches darauf die Händler erheben, sollte diese Maßnahmen nicht beeinflussen. Folgender Fall zeigt, wie der Kleinhandel sehr oft mit Schuld an den hohen Preisen ist:

Die Stadt M.-Glabach hat einen städtischen Gemüse- und Fischmarkt eingerichtet. Das Gemüse wurde nicht aus dem nahegelegenen Holland bezogen, sondern aus anderen Gegenden. Daran erließen die holländischen Gemüseexporteure eine Anweisung an ihre Kundschaf, also an die Händler, die städtischen Preise zu unterbieten, um für sich die Kundschaf zu erhalten. Eine bessere Wirkung hätten die Maßnahmen der Stadt M.-Glabach gar nicht haben können, die Gemüsepreise sanken um ca. 20 Prozent, die Fischpreise noch erheblich mehr. Notwendig erscheint, daß dort, wo der Bezug von Fischen eingerichtet ist, zu gleicher Zeit eine Aufklärung über die Zubereitung der Fischnahrung durch die Hausfrauen erfolgt. Die städtischen Haushaltungsschulen und Schulküchen haben hier bereits erfolgreich eingegriffen.

Das sind einige Fingerzeige, wie der Teuerung zu begegnen ist. Wir möchten zum Schluß noch betonen: Dürre und Minderernte sind Naturereignisse, die nicht abwendbar sind. Man mag sie als nationales Unglück anprechen. Man soll aber solche Notstände, die das ganze Volk und die ganze Nation betreffen, auch gemeinsam zu tragen bestrebt sein, d. h. mit anderen Worten, die bestehenden Klassen haben die Pflicht, in solchen Fällen ihre Solidarität mit dem Volksganzen zu beweisen, indem sie ihrerseits mit ihren reichen Mitteln der notleidenden Bevölkerung zu Hilfe kommen, nicht durch Zuwendungen an die Armenkassen, sondern durch Vermittlung billiger Lebensmittel und Aufrechterhaltung des Lohnstandards. Die deutsche Volkswirtschaft, insbesondere die Industrie, hat im letzten Grunde ein großes Interesse daran, daß die Ernährung der Arbeiterbevölkerung keinen Schaden leidet. Schwächung der Ernährungsmöglichkeit bedeutet Verminderung und Entwertung der Arbeitskraft, die zu erhalten wir mit allen Mitteln bestrebt sein müssen.

Eine zahlreiche besuchte Konferenz von christlichen Arbeiterführern hat eine ausgiebige Besprechung der gegenwärtigen Teuerungssrage vorgenommen. Das Resultat dieser Besprechung ergab folgende Gesichtspunkte, die für die Zeit des Notstandes als Vorschläge zur Milderung der Teuerungsvhältnisse in Betracht kommen können:

1. Es sind Maßnahmen zu treffen, um nach Möglichkeit die einheimische Fleischproduktion sicher zu stellen, deshalb die Zufuhr von Futtermitteln für die Landwirtschaft zu erleichtern und nach Kräften zu fördern.
2. Da aller Voraussicht nach infolge der minderernten Winterernte und der hohen Kartoffelpreise die Viehzucht und -mast nicht in dem bisherigen Umfang betrieben werden wird, sind geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Zufuhr ausländischen Fleisches zu fördern, und zwar durch Verträge mit der Einfuhr von Gefrierfleisch, Aufhebung des Verbots der Einfuhr von Büchsenfleisch und Parwürst und durch weitere Öffnung der Grenzen zur Erleichterung der Vieheinfuhr.
- Bei diesen Maßnahmen ist Bedacht darauf zu nehmen, daß geeignete sanitäre Vorschriften zur Anwendung gelangen, um die Konsumenten vor Schädigung der Gesundheit durch krankes und schadhafte Fleisch nach Möglichkeit zu schützen sowie eine Verhinderung des deutschen Viehbestandes zu verhindern.
3. Als Ersatz für den Ausfall der heimischen Gemüseernte ist in Aussicht zu nehmen die Erleichterung und Verbilligung der Einfuhr von Gemüse und solchen Kolonialwarenartikeln, welche als Ersatz für Gemüse gelten können. Weiterhin ist für die Zeit der Teuerung in Erwägung zu ziehen der Weg der Rückvergütung des Rolles an diejenigen Händler und öffentlichen Institutionen, welche es sich zur Aufgabe stellen, ohne Gewinn die unteren Volksklassen mit Lebensmitteln zu versorgen. Das Gleiche soll versucht werden für die Einfuhr von Molkereiprodukten, insbesondere Butter und Käse.
4. Die Gemeindeverwaltungen sollen in Erwägung ziehen, inwiefern durch Einrichtung von Fisch- und Gemüsemärkten einerseits ein Ersatzmittel für Fleischnahrung geschaffen und andererseits Preissteigerungen des Handels und der Spekulation entgegengewirkt werden kann. Die zum Verkauf gelangenden Produkte sind ohne Gewinn an die Konsumenten abzugeben.
5. Reich, Staat und Gemeinde sollen in planmäßiger Weise dahin wirken, daß die Rolle, welche der Zwischhandel bei der Lebensmittelversorgung, insbesondere der Preisbildung spielt, durch gute Statistiken umfassender und klarer festgestellt wird. Außerdem erscheinen Einrichtungen geboten, welche durch fortlaufende Zählung jederzeit ein zuverlässiges Urteil über den jeweiligen Viehbestand ermöglichen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 43. Wochenbeitrag für die Zeit vom 15. bis 21. Oktober fällig ist.

Die vom Militär zurückgekehrten Kollegen müssen unverzüglich ihre Bücher von der Zentralstelle zurückfordern. Die Zurückgabe der Bücher erfolgt nur dann, wenn seit der Entlassung vom Militär nicht mehr wie 6 Wochen zurückliegen. Wer länger wartet, verliert den Anspruch auf die Militärunterstützung und muß sich neu aufnehmen lassen.

Verlorene Mitgliedsbücher: Nr 27 226, Kaspar Peghini; Nr. 64 356, Bernhard Becking. Die Bücher sind für ungültig erklärt.

Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Zugang ist fernzuzhalten von

- Schreibern und Maschinenarbeitern: Stolberg Hild, Hamm i. Westf., Reheim-Hüsten, Wiedenbrück.
Büroarbeitern: Bonn (Rühling).
Kisten- und Kiemenscheibemachern: Leichlingen.
Sollsoldarbeitern: Troisdorf.

Tarifabschluss im Ansburger Schächlergewerbe. Zwischen dem Zentralverband christl. Holzarbeiter Deutschlands, Sektion der Schächler einerseits und den vereinigten Schächlermeistern andererseits wurde mit Gültigkeit vom 16. Oktober ein Arbeitsvertrag abgeschlossen, der in der Hauptsache folgende Bedingungen enthält:

Die Arbeitszeit wurde so eingestellt, daß an Stelle der einstündigen Mittagspause eine 1 1/2stündige Mittagspause tritt. An den Sabbatagen ist um 3 Uhr (bisher um 6 Uhr) und an den Vorabenden vor hohen Festtagen um 4 Uhr Arbeitsschluss ohne Lohnabzug.

Die Entlohnung acidicht im Wochenlohn, und gelten hierfür folgende Mindestsätze: Gehilfen bis zu 3 Jahre nach beendeter Lehrzeit erhalten 18-19 Mark, vom 20. bis zum 21. Lebensjahr 20-23 Mark und mit Beginn des 25. Lebensjahres 25 Mark auswärts. Die bisherigen Löhne werden mit Inkrafttreten des Vertrages um 2 Mark, sofern eine Zulage schon erfolgt ist, um 1 Mark die Woche erhöht. Die Ueberstunden werden bis 8 Uhr abends mit 50 Pfg., und von ab mit 70 Pfg. vergütet. Sämtlichen Gehilfen wird Urlaub gewährt und zwar: im ersten Dienstjahr 1 Tag, im 2. und 3. Dienstjahr 2 Tage und von dieser Zeit an 3 Tage mit Bezahlung.

Zur Schlichtung von Differenzen besteht eine Kommission aus je 2 Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der Vertrag hat Gültigkeit bis 1. September 1914.

Diese Vereinbarungen wurden von den Gehilfen einstimmig angenommen und als eine Verbesserung gegen den bisherigen Zustand anerkannt. Eine traurige und blamable Rolle spielte bei dieser Bewegung der Beamte des soziald. Böttcherverbandes. Obwohl seine Mitglieder bereit waren, die Vereinbarungen mit den christlich organisierten Arbeitern gemeinsam zu führen, lehnte der Beamte jede gemeinsame Arbeit entschieden ab. Diese Prozigkeit und der Machtwort hatten zur Folge, daß unsere Organisation unumkehrbar mit den Meistern selbständig einen Tarif abgeschlossen hat, der Gültigkeit für sämtliche Betriebe besitzt. Damit hat also der Genossenführer nur erreicht, daß er aus der Bewegung ausgeschaltet wurde.

Eine Klaviermacherbewegung in Stuttgart fand durch das Entgegenkommen der Fabrikanten ihre Erledigung. Die Kollegen erhalten eine Lohnerhöhung von ca. 6 Prozent.

Berichte aus den Zahlstellen.

Liegnitz. Am 10. Oktober hielten die Zahlstellen der christlichen Gewerkschaften in unserer Stadt auf Anregung der Holzarbeiter, eine gemeinsame, gut besuchte Versammlung ab. Der Bezirksleiter der Transportarbeiter, Kollege Neumann hielt einen Vortrag über die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften. Daran anschließend wurden der Zweck und die Gründung eines Kartells besprochen. Da sämtliche Anwesende sich mit der Errichtung eines Kartells einverstanden erklärten, wurde die Gründung gleich vollzogen. Vier Zahlstellen sind dem Kartell angeschlossen. Wir sind damit auch in Liegnitz wieder ein Stück vorwärts gekommen.

Waldbirch Orgelbauer. Wie schon früher (in Nr. 30 dieses Blattes) mitgeteilt wurde, hat die Firma W. Br. Söhne, Orgelfabrik, ihren Arbeitern die Löhne um 3 Pfg. pro Stunde aufgebessert. Inzwischen hat nun auch erfreulicher Weise eine weitere Firma, Ad. Rauh u. Söhne ihren Arbeitern ebenfalls 3 Pfg. pro Stunde aufgebessert. So erfreulich und angebracht dieses Vorgehen der beiden Firmen für die Arbeiterklasse ist, so erfreulich ist aber auch die stetige Zunahme der Orgelbauer in unserer Zahlstelle. Die junge Zahlstelle, die unter sehr schwierigen Verhältnissen erst im vorigen Jahr errichtet wurde, zählt heute schon über 40 Mitglieder. So hatten wir letzten Sonntag bei einer Agitation weitere acht Aufnahmen zu verzeichnen. Man sieht nun doch auch bald unter den Orgelbauern ein, daß der Organisationsgedanke auch in Waldbirch nicht mehr aufzuhalten ist, und immer tiefere Wurzeln schlägt. Ganz besonders sei hier festgestellt, daß es nun endlich auch gelungen ist, bei der Firma Gebr. Bruber festen Fuß zu fassen. Was man hier bald für unmöglich hielt, ist nun zur Gewissheit geworden. Leider ist es uns aber auch bis heute noch nicht gelungen, bei der Firma Rauh u. Sohn festen Besitz zu sichern. Aber auch hier, Kollegen, muß es uns gelingen, durch fortgesetzte unermüdete Agitation, die Kollegen für die berechnigte Gewerkschaftsfrage zu gewinnen. Auch diesen müssen wir immer und immer wieder bei ihren leeren Ausreden erwidern: Tut Eure Pflicht und Schuldigkeit bei der Arbeit, wie es jeden Arbeiters Ehrensache ist, und ihr habt weder das Augenrollen des Vorgesetzten, noch den Verlust der Gunst desselben oder eine andere Unannehmlichkeit zu erwarten! Darum Kollegen der Orgelindustrie, zeigt auch in Zukunft durch eifrige Mitarbeit, daß ihr gewillt seid, die Interessen eures Berufs mannhaft zu vertreten. Vor allem lest euch Verbandsorgan, besucht auch fleißig die Versammlungen und seid unermüdetlich tätig in der Werbung neuer Mitglieder. Dies sind wir uns sowie der Gesamtheit der Kollegen schuldig.

Waldbirch. Ein Erfolg der Bestrebungen, auch der christlich organisierten Holzarbeiter am Orte, ist die Errichtung eines Kartells. Am 6. Oktober fand im Lokale zum Mohren die erste Sitzung der in dem Kartell gewählten Delegierten statt. Die Versammlung tagte unter dem Voritze unseres eifrigen Kollegen Schmitz aus Freiburg. Nachdem in lebhafter Diskussion die Statuten durchberaten und festgelegt waren, schritt man zur Wahl des Vorstandes. Fast einstimmig wurden gewählt unser Kollege Blattmann als Vorsitzender, die Kollegen Maurer als Kassierer, Gertrich als Schriftführer, Schultes und Niederer als Beisitzer. Weiter wurde die Abhaltung eines Unterrichtskurses durch Kollegen Schmitz aus Freiburg zugesagt. Die Kartellsitzungen finden jeden ersten Freitag des Monats statt. Durch diese Errichtung des Kartells ist einem schon lang gehegten Wunsche der organisierten Kollegen Rechnung getragen worden. Möge dasselbe zum Wohle der christlichen Gewerkschaften von Waldbirch und Umgebung wirken.

Witten. Ein Maßstab für die gewerkschaftliche Regsamkeit ist ein guter Versammlungsbesuch. Und mit diesem sieht es in unserer Zahlstelle nicht zum besten aus. Es scheint notwendig zu sein, unsere Kollegen an die Pflicht zu erinnern, die Versammlungen vollständig zu besuchen. Jetzt, wo unsere Kollegen anderwärts alle Kräfte anspornen zur Ausbreitung unseres Verbandes, dürfen wir in Witten unter keinen Umständen zurückbleiben. Wollen wir vorwärts kommen, so bedarf es hierzu der opferfreudigen und tatkräftigen Mitarbeit aller Kollegen. Wenn wir sagen können, daß sich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse hier in Witten durch die Organisation gebessert haben, so ist es um so unverzeihlicher, daß nunmehr die Kollegen glauben, die Arbeit, die die Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute im Interesse der Gesamtheit leisten, damit entlohnern zu müssen, daß sie den Versammlungen fernbleiben. Kollegen von Witten! Wollen wir das Erreungene hochhalten, so ist es unbedingt notwendig, daß wir an den Versammlungen regeren Anteil nehmen. Gerade in den Versammlungen wird das Kollegialitätsgefühl gestärkt. Nur durch engsten Verkehr bleibt man über alles orientiert, und der Nutzen wird sich dann zeigen, wenn wir uns wieder die Frage vorlegen müssen: Wie verbessern wir unsere Lage? Darum, Kollegen, hinein in die Versammlungen. Die nächste Versammlung findet statt am Samstag, den 21. Oktober 1911, abends 8 1/2 Uhr.

Sterbefall.

H. Vorgehl, Sägearbeiter, gestorben zu Gallern. Ruhe in Frieden!

Gewerkschaftliches.

Der Buchdrucker tarif.

Das Ergebnis der Tarifberatungen im Buchdruckergewerbe liegt nun vor. Nach 14-tägigen Verhandlungen wurde ein neuer Lohnarif auf die Dauer von 5 Jahren abgeschlossen. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde von 53 1/2 auf 53 Stunden herabgesetzt. Die englische Arbeitszeit wurde nicht verkürzt, sondern mit 8 1/2 Stunden pro Tag (52 Stunden pro Woche) belassen. Der Lohn wurde erhöht für Neuausgelernte im ersten Gehilfenjahr von 18 auf 19,50 Mk., für Gehilfen bis 21 Jahre von 23 auf 25 Mk., für Gehilfen von 21 bis 24 Jahre von 24 auf 26 Mk. und für Gehilfen über 24 Jahre von 25 auf 27,50 Mk. Die Lohnerhöhung beträgt also rund 10 Prozent. In den angeführten Sätzen kommen die Lokalaufschläge für Orte mit besonders verteuerten Lebensbedingungen (von 2 1/2 bis 25 Prozent), die nach dem Ortsklassenprinzip des Reichsbezahlungsgesetzes geregelt wurden. Bezüglich des Ueberstundenwesens und der Lehrlingsfrage wurden keine Verbesserungen erzielt. Dagegen ist die allgemeine Einführung des Berechnens (Aktorarbeit) an der Segmaschine zugelassen und auch hinsichtlich der Arbeitszeit und des Leistungsminimums den Maschinenmeistern unangenehme Bestimmungen eingefügt. Das Vertrauensmännerwesen wurde geregelt und den Prinzipalen das uneingeschränkte Kontrollrecht über die Leistungen der Gehilfen zugestanden.

Zu einer lebhaften Auseinandersetzung gab die Forderung des Gutenberg-Bundes Anlaß, mit einbezogen zu werden in die tariflichen Institutionen. Der soziald. Buchdruckerverband, der bekanntlich im Jahre 1907 den Monopolvertrag abschließen wollte, woran ihn aber die gesamte christlich-nationale Arbeiterbewegung hinderte, ließ auch diesmal Macht vor Recht ergehen. Er sträubte sich mit aller Macht dagegen, den Gutenbergbund als gleichberechtigten Vertragskontrahenten in die Tarifinstitute aufzunehmen. Leider setzte die Mehrheit der Prinzipalvertreter dem terroristischen Verhalten der sozialdemokratischen Verbände nur schwachen Widerstand entgegen, so daß die berechnigte Forderung nicht erfüllt wurde. Es ist nur ein Beisatz zustande gekommen, daß der Gutenbergbund im Tarifausschuß beratende Stimme erhalten und im Tarifamt in Fragen, die ihn berühren, gehört werden soll.

Das ist allerdings ein kleiner Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand, aber kein solcher, daß sich die christliche Arbeiterbewegung damit zufrieden erklären könnte. Der unhaltbare Zustand, daß eine tariftreue Minderheitsorganisation, die zur Durchführung des abgeschlossenen Vertrages große Opfer bringt, aus den maßgebenden Instanzen des Tarifs ausgeschlossen sein soll, muß einmal beseitigt werden, ehe wird der Gutenbergbund, und hinter ihm steht die ganze christliche Gewerkschaftsbewegung, nicht locker lassen. Es handelt sich hier nicht um eine spezifische Berufsangelegenheit der Buchdrucker oder nur um eine Streitfrage zwischen sozialdemokratischem Verband und Gutenbergbund, sondern um eine weittragende Angelegenheit mit öffentlichem Interesse, an der die ganze Arbeiterbewegung wie die Dessemlichkeit interessiert sind. Wenn der sozialistische Buchdruckerverband auf seinem terroristischen Standpunkt dauernd weiter verharren sollte, muß er des schärfsten Kampfes von Seiten der christlichen Arbeiterbewegung gewärtig sein.

Am 10. Oktober abends fand in Berlin in den Corona-Festhallen eine Versammlung des Gutenberg-Bundes statt, die von etwa 500 Mitgliedern besucht war, um Stellung zu nehmen zu den Ergebnissen der Tarifberatungen. Nach einem längeren Referat des Vorsitzenden des Gutenberg-

Bundes, der an den Tarifberatungen als Vertreter teilgenommen, und nach einer lebhaften Diskussion, die sich bis um 1/2 Uhr nachts hinzog, wurde folgende aus der Versammlung eingebrachte Resolution einstimmig angenommen:

Die heute in den Corona-Festhallen versammelten Mitglieder des Berliner Buchdruckervereins (Gutenberg-Bund) haben mit Interesse von dem Gang der diesmaligen Tarifberatungen Kenntnis genommen. Die Versammelten erkennen die schwierige Situation, in der sich unser Vertreter befindet an, und sprechen ihm für seine Tätigkeit ihr Vertrauen und ihren Dank aus. Sie hätten zwar von den diesmaligen Tarifberatungen ein besseres Ergebnis erwartet, erklären jedoch für die Durchführung des Beschlossenen nach Kräften beitragen zu wollen. Ganz entschieden protestiert die Versammlung gegen das Verhalten der Vertreter des Buchdruckerbundes, die auch im Tarifausschuß Macht vor Recht geübt ließen und geschlossen gegen die Forderung des Gutenberg-Bundes, einbezogen zu werden in die Tarifinstitutionen, stimmten, welche Forderung aus Gründen der Gerechtigkeit von den Prinzipalvertretern als Antrag erhoben worden war. Die Versammlung nimmt das Erreichte als einen Schritt vorwärts auf dem vom Gutenberg-Bund beschrittenen Wege, zu seinem ihm vorenthaltenen Rechte zu kommen, und fordert die Kollegen auf, für Ausbreitung des Gutenberg-Bundes ihre ganze Kraft einzusetzen, und mit Ausdauer den Kampf um die Gleichberechtigung weiterzuführen.

Eine von ca. 10000 Buchdruckern (soziald. Verbände) besuchte Versammlung in Berlin, hat die Anerkennung des Tarifes abgelehnt. Hingegen hat eine in Köln stattgefundene stark besuchte Versammlung sich für die Anerkennung des Tarifes ausgesprochen. Die Mißstimmung unter den soziald. Buchdruckern ist zwar auch im Westen Deutschlands groß. Ihre zustimmende Haltung in der Tariffrage kann deshalb auch nicht anders als ein taktisches Manöver, das die Furcht vor dem Gutenbergbund notwendig machte, bewertet werden.

Von der garantierten Parität im obligatorischen Arbeitsnachweis. In Hamburg hat der neugegründete Arbeitgeberverein für die Holzindustrie einen Vertrag mit dem sozialdemokratischen Holzarbeiterverbande abgeschlossen, der auch den paritätisch obligatorischen Arbeitsnachweis vorsieht. Damit die Sache nicht den Anschein gewinnt, als diene dieser Nachweis nur der Förderung des sozialdemokratischen Verbandes, wurde beim Inkrafttreten des Nachweises erklärt, daß derselbe auch anders- und nichtorganisierten Leute vermitteln soll. Die Parität des Nachweises muß indes stark angezweifelt werden, wenn man hört, wenn die Arbeitgeber als Arbeitsvermittler auf den Nachweis postiert haben. Der paritätisch, d. h. unparteiisch wirken sollende Mann, Schmidt geheißener, ward in der Kirch-Dunderschen „Eiche“ also geschikert: „Wer ist Herr W. Schmidt? Jetzt ist er Kassierer oder Schriftführer im neuen Arbeitgeberverein. Er arbeitete vor drei Jahren noch bei der Pianofirma Steinway u. Sons in Hamburg, war Sektionsführer der Musikinstrumentenarbeiter im Holzarbeiterverband, er rang seine Zeit um den Posten als Lokalbeamter des Holzarbeiterverbandes in Hamburg, den Posten, den jetzt Herr Romberg bekleidet. Er wurde als Vorsitzender der Ortskrankenkasse der Tischler von den Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes gewählt. Er genos also vollständig das Vertrauen seiner Verbandskollegen und war natürlich auch in der Partei ebenfallt thätig. Herr W. Schmidt hatte auf der Werkstelle die Abonnementskontrollungen des sozialdemokratischen Hamburger „Echo“. Mit Zintenfah und Feder ging er an jeden Mann, der eine bürgerliche Zeitung las, und wobei dem, der nicht parierte, er mochte noch so sessensett und mit Ueberzeugung von einer anderen politischen Meinung reden, er hatte schlimme Stunden. Herr Schmidt empfahl: „Der man hat die Wände hochgehen, ihr müßt es bloß richtig anfangen.“ Wir wollen hier nicht mehr im Morast des Eumpies herumwühlen, mit dem Herr W. Schmidt andersdenkende Arbeiter bewarf. Man könnte ein Buch schreiben, wollte man nur seine Tätigkeit bei Steinway behandeln. Ob der Firma sein Treiben bekannt wurde? Jedenfalls mußte er den Betrieb verlassen. Einige Tage später wurde er Hilfskrankenkassier oder der Ortskasse, wo er Vorsitzender war. Da dieses aber nach dem Sturz der Kasse nicht zulässig war, mußte er dieses Amt quittieren. Nach einiger Zeit wurde er selbständig und ist wohl erst kürzlich der Form waren aus dem Holzarbeiterverbande ausgetreten. Andere Kollegen in Hamburg, die früher mit Schmidt zusammenarbeiteten hatten, glauben ihren Augen nicht zu trauen, als sie lasen, was aus Schmidt geworden war.

Man hätte nicht geglaubt, daß so der letzte Rest von Vertrauen zum paritätischen Arbeitsnachweis hinweggefegt werden könnte. Es wird häufig gesagt: „Die schärften Verbände sind nachher die reaktionärsten Arbeiter.“ Das mag zutreffen, wo es sich um ihren eigenen Geldbeutel handelt, aber bei den Arbeitsvermittlern hat die Erfahrung gelehrt, daß der Veredelungsprozeß sich stets zu Gunsten des Holzarbeiterverbandes vollzieht.

Und zu diesem Punkte sollen die nichtsozialdemokratischen Holzarbeiter das Vertrauen haben, daß er seines Amtes unparteiisch waltet! Durch „Selbständigkeft veredelte“ rare Holzarbeiterverbände treiben an mehr wie einem Orte ihr Unwesen; wenn auch nicht immer der Arbeitsnachweis ihr Wirkungskreis ist.

Soziale Rundschau.

Hausfabrik und Holzindustrie.

Der Hausfabrik, der den Arbeitern versprochen hat, sich auch ihrer anzunehmen, wandelt bei seiner Arbeiterinteressenvertretung eigenmächtige Bahnen. Zunächst hat er ein Werk herausgegeben: „Die öffentlich rechtlichen Belastungen von Gewerbe, Handel und Industrie“, in dem der Nachweis zu führen versucht wird, daß jene Lasten übermäßig hoch seien. Da die sozialen Lasten unter den „öffentlich rechtlichen Lasten“ wohl den breitesten Raum einnehmen, erfährt man, wohn die Sozialpolitik der Hausfabrik führen soll. Nach der Kapitalispublikation ist seit dem Jahre 1900 die Kapitalbewegung in den Aktien-Gesellschaften des Holzgewerbes ziemlich konstant geblieben. Das holzindustrielle Aktienkapital betrug nämlich 6.882.000 Mark, 1909 dagegen 6.718.000 Mark. Die Dividende fiel von 484.000 Mark im Jahre 1900 auf 240.000 Mark im Jahre 1909. In einzelnen Jahren der nachgeprüften Periode sank die Dividende noch tiefer, so z. B. im Jahre 1901 auf 100.000 Mark bei einem Aktienkapital von 6.882.000 Mark. Die öffentlich-rechtliche Belastung hat sich demgegenüber in fortwährender Linie bewegt. Sie betrug in Prozenten der Dividende: 1900: 16,55, 1901: 38,55, 1902: 88, 1903: 60,84, 1904: 28,36, 1905: 23,62, 1906: 22,53, 1907: 24,32, 1908: 35,31, 1909: 48,02. Freiwillige Wohlfahrtsausgaben außerdem: 1,68, 3,60, 8, 7,74, 3,7, 2,97, 2,8, 2,5, 3,67, 5 Prozent.

Mit dieser Berechnung wird noch längst nicht das bewiesen, was bewiesen werden soll. Zunächst bleibt die Frage zu beantworten: Eignet sich der Holzgewerbe-Betrieb zum Aktienunternehmen? Wenn man die verhältnismäßig wenigen Aktienwerke berücksichtigt, scheint es, als ob die Erfahrung das Gegenteil lehrt. Der mittlere Betrieb mit persönlicher Initiative des Privatbesizers, weiß im Holzgewerbe die beste Rentabilität auf. Die Beachtung dieser Tatsache führt dahin, anzunehmen, daß manche Aktien-Gesellschaften in der Holzindustrie verfehlte Gründungen waren. Die Zahl der in Liquidation getretenen Gesellschaften ist denn auch keine geringe. Von den wenigen Aktien-Unternehmungen läßt sich aber nicht auf den Zustand des Gesamtgewerbes schließen. Des weiteren ist zu berücksichtigen, in welcher Höhe sich die Gehälter und Löhne derjenigen leitenden Angestellten bewegen, die als Aktionäre an dem Unternehmen beteiligt sind. Zu beachten bleibt auch, daß die Aktien-Gesellschaften des Holzgewerbes im letztangeführten Jahre sich bereit fanden, 5 Prozent der Dividende für Wohlfahrtszwecke auszuwerfen. Ein Geschäft, das völlig unrentabel ist, kann das nicht. Auch die Tatsache, daß wir im Holzgewerbe stabilere Verhältnisse haben und den Konjunkturschwankungen nicht in dem Maße ausgesetzt sind wie die Großindustrie, ist in Berücksichtigung zu ziehen. Die Spekulation berührt die Aktien des Holzgewerbes weniger und ist die Kapitalanlage in gesunden holzindustriellen Unternehmungen eine sichere und die Verzinsung infolgedessen keine so hohe. Immerhin dürfte es keine Sparstoffe geben, die die Einlagen so hoch verzinst, wie nach den Angaben des Hausfabrikanten im Durchschnitt, die in holzindustriellen Aktien-Unternehmungen angelegten Gelder sich verzinsen. Trotzdem also der Hausfabrik mit seiner Rechnung wenig beweist, können wir auch den Unternehmern des Holzgewerbes eine noch bessere Rentabilität ihrer Betriebe voraussetzen, daß diese nicht auf Kosten der Arbeiterkraft und gegen die berechtigten Interessen der Allgemeinheit erzielt zu werden brauchen.

Niequas Barral. Zum Vollen dieses lauberen Anstößigen schreibt Chefredakteur Franz Eckardt-Salzberg in der „Allgemeinen Rundschau“:

Aufhebung des Volkes gegen die Reaktion. Das war die Floskel der Sozialdemokratie der letzten Wochen in ganz Oesterreich. Auch in Dalmatien. Dort lag in seinem Parteiblatt diese Behauptung der sozialdemokratischen organisierte Fühlhergeheiß Niequas Barral. Ein intelligenter Herr, der es beim Militär zum Corporal gebracht hatte, und mit 28 Jahren über die Leinwand anstehende Junglingsjahre hinaus ist. Niequas besitzt ein kleines Kapital, kauft sich einen vorläufigen Revolver und fährt nach Wien, in der festen, eingekauften Absicht, den Sozialminister zu ermorden. Hatte er doch alle roten Zeitungen diesen Minister als den Urheber der strengsten Strafverfügung über die Wiener Revolutionärsgeiseln hingestellt. In Wien suchte Niequas, der übrigens nicht Dalmatiner, sondern Montenegriner ist und aus der Familie des Fürsten bzw. Königsbanjes Nikits des Ersten stammen soll, seinen Kollegen Paulik auf, einen beliebigen sozialdemokratischen Exilanten (er ist Eckardt, des soziald. Holzarbeiterverbandes D. Red.), der jüngst in Dalmatien war, um die Holzarbeiter dort sozialdemokratisch zu organisieren. Paulik feierte beim Genossen-Abgeordneten Witzholz (Vorstand der soziald. Holzarbeiterverbandes D. Red.) zwei Galaberarten für den Reichsminister, führt Barral auf die Galerie welche der Genossen feierlich Gedächtnis zahlreich bricht war, und sei ihm den Sozialminister, das Ziel seiner mörderischen Absicht.

Der oberste Führer der österreichischen Sozialdemokratie, der geleitet wurde Dr. Adler, hält eine dreistündige Rede gegen die Tötung und gegen den Sozialminister. „Nun darüber wundern Sie sich, daß einmal ein Anschlag (am 17. September) erfolgte, das täglich sich wiederholende Wunder ist, daß diese ganze Rede im ganzen Oesterreich es erreicht und nicht losgeht.“ Bei diesen Worten Adlers stand es los. Doch die internationale Sozialdemokratie, mit Niequas Barral und feierte in der Schänke auf dem Sozialminister, die zum Glück niemandem verwundet. Man packt den Bar-

sch. Seine aus Genossen bestehende Umgebung bleibt so ruhig, als ob sie den Mordanschlag für etwas Selbstverständliches halte. Wußte sie davon? Waren es jene Genossen, mit denen Niequas die ruhige Tat vorbereitet hatte? Niequas läßt sich ruhig verhaften. Man fragt ihn nach seinem Beruf. „Ich bin Sozialdemokrat.“ Er gesteht fastfüllig, aus Wut über die strengen Verurteilungen seiner Genossen nach Wien gekommen zu sein, um den Justizminister zu ermorden. Dr. Adlers Rede habe ihm ausgezeichnet gefallen, und als er zu bemerken glaubte, daß der Minister über Adlers Worte lächle, habe er den Revolver gezogen und geschossen.“

Ein Abgeordneter. Als das Urteil im Düsseldorfser Krankenkassenfandale gefällt wurde, veruchten die „Holzarbeiter-Zeitung“, das „Korrespondenzblatt“ der roten Tapezierer und andere „freie“ Gewerkschaftsblätter der Sache einen „anderen Dreh“ zu geben. Durch Verdächtigung von Zeugen glaubte man zu erreichen, daß das Interesse von den in der Klasse leitenden sozialdemokratischen Personen auf andere Leute abgelenkt würde. Um aber die völlige Schuldlosigkeit der „Genossen“ in der Düsseldorfser Ortskrankenkasse zu verbürgen, wurde eine Berufung gegen das gerichtliche Urteil angekündigt. Wie weit die Sache mit der Berufung geblieben ist, kann man nicht sagen; jedenfalls aber spricht die Tatsache, daß der Geschäftsführer der Krankenkasse, Leyser, Mitte Oktober plötzlich und ohne Aufkündigung entlassen wurde dafür, daß dieser Übergenosse ziemlich viel „Dreck am Stecken“ hat. Wäre der Mann so ein unschuldsvolles Lamm, so wäre seine Entlassung jedenfalls nicht notwendig geworden. Leyser ist, nebenbei bemerkt, Inhaber der Wirtschaftskonzession im Düsseldorfser sozialdemokratischen Volkshaus, aus welcher Tatsache erhellt, daß wir es entgegen allen sozialdemokratischen Ableugnungen mit einem wachsenden Genossen zu tun haben. Daß die Genossen einem Zentrumsmann oder einem Konservativen die Konzession ihres Volkshauses übernehmen lassen, kann wohl als ausgeschlossen gelten.

Präliminar zur Reichstagswahl. Der Zentralausschuß der vereinigten Innungsverbände Deutschlands hat beschlossen, den Reichstagskandidaten ein Programm vorzulegen, von dessen Anerkennung die Wahl abhängig gemacht werden soll. Das zehn Punkte enthaltende Programm zählt Forderungen auf, die Kandidaten, die sich die Stimmen der christlich nationalen Arbeiter sichern wollen, niemals erfüllen können. U. a. besagt das Programm nämlich:

Ablehnung insbesondere der Arbeitskammern, der Arbeitslosenversicherung; dagegen Schutz der Arbeitswilligen.

Ausbau des Fortbildungsschulwesens in einer dem gewerblichen Nachwuchs zuträglich Weise auf sachlicher Grundlage unter Fernhaltung aller fernliegenden Materien, wie des Religionsunterrichtes.

Zweckdienliche Mittel zur Beförderung der Konkurrenz der Gewandarbeit, der Warenhändler, der Beamten- und sonstigen Konsumvereine, der Wanderverlager und Leihhäuser.

Schutz der bestehenden Handwerksbetriebe vor Anwendung gewerbepolizeilicher, für das Fortbestehen derselben rühmlicher Bestimmungen und Revision der Bäcker- und ähnlichen Verordnungen.

Wenn die Handwerksmeister glauben, mit diesen Forderungen die Wahl genehmer Kandidaten zu erreichen, so irren sie sich gewaltig. Wir haben politische Parteien genug, deren Programmzüge sich die einzelnen Kandidaten anpassen mögen. Und die Parteiprogramme sollten genügen. Falls aber ein Kandidat das Bedürfnis fühlt, sich auf das Sonderprogramm der Handwerker zu verpflichten, so darf er sich gewärtig sein, daß die Anhänger der christlich-nationalen Arbeiterbewegung wie ein Mann gegen ihn stehen werden. Wer sich zur Scharfmacherei verpflichtet, hat auf die Stimmen der christlichen Arbeiter nicht zu hoffen.

Ein Wirtschaftsparlament. In einem Buche des österreichischen Professors, Regierungsrat Dr. Josef Grunzel, „Der Sieg des Industrialismus“, wird der Vorschlag gemacht, ein besonderes „Wirtschaftsparlament“ zu schaffen. Grunzel sagt:

Die geringe Eignung der Volksvertretung für die Lösung wirtschaftlicher Fragen und die Ungenügsamkeit der beruflichen Organisationen in politischer Hinsicht lassen die Ergänzung der staatlichen Organisation durch ein Wirtschaftsparlament als wünschenswert erscheinen, nämlich durch eine nicht gesetzgebende, sondern beratende Körperschaft, welche aus Vertretern der Berufsgruppen zusammengesetzt wäre und alle wichtigen wirtschaftlichen Fragen durchzudenken hätte, bevor sie durch die Gesetzgebung oder Verwaltung zur Entscheidung gebracht werden. Die Zusammenfassung hätte nicht territorial nach Bezirken, sondern anschlusslos nach Berufsgruppen zu erfolgen, und zwar müßten alle Berufe vertreten sein. Jeder Gegenstand wirtschaftlicher Natur wäre durch zunächst einer so gründlichen Durchberatung zu unterziehen, daß das Parlament die Vorlage nur noch endgültig anzunehmen oder zu verworfen braucht.

Das ist ein ähnlicher Vorschlag wie er von älteren christlichen Sozialpolitikern gemacht wurde, die eine Gliederung nach Ständen in der Volksvertretung wollten.

Die sozialdemokratische Brüderlichkeit wird in eigenmächtiger Weise durch folgende Annonce beleuchtet, die sich in soziald. „Vorwärts“ vorfindet:

„Für die „Schwäbische Tagewacht“ werden zu möglichst sofortigem Eintritt gesucht: ein leitender politischer Redakteur, ein tüchtiger Journalisten-Redakteur, der zugleich befähigt ist, am politischen Teil mitzuarbeiten, ein tüchtiger Redakteur für den wirtsch. Teil und ein solcher für den lokalen (Stuttgarter) Teil. Offerte sind unter Angabe der Gehaltsansprüche bis spätestens den 22. Okt. zu richten an Otto Besser in Stuttgart.“

Die bisherigen vier Redakteure haben darauf „harmonisch“ zusammengeantwortet, daß gleich allen vierem gekündigt werden muß.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Freude herrscht in Trojes Haken! Zwei feindliche Brüder im Holzgewerbe haben sich wieder zusammengesunden. Die Herr Rahardt in Nr. 42 der „Fachschriftung“ mitteilt, hat

sich der Arbeitgeber-Schutzverband von Hamburg und den Nachbarstädten, der sich 1908 vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe abtrennte, wieder mit letztgenannter Arbeitgeberorganisation vereinigt. Ueber den wiedergefundenen „verlorenen Sohn“ wird selbstverständlich große Freude sein. Schon kündigt Herr Rahardt an, daß die „bösen Buben“ vom sozialdemokratischen Holzarbeiterverband, die den „verlorenen Sohn“ in Hamburg solange bestreikten, von der ganzen Arbeitgeberfamilie geächtet werden sollen. Eine offizielle Ankündigung des Vorstandes des Arbeitgeber-Schutzverbandes besagt nämlich, daß nach dem wieder erfolgten Anschlusse der Hamburg, sämtliche Mitglieder des Schutzverbandes gehalten sind alle von Hamburg seit dem 15. März d. J. zugewiesenen Holzarbeiter wieder zu entlassen. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung sollen mit einer Geldstrafe bis zu 25 Mk. für jeden Einzelfall geahndet werden. — Was mit Herrn Gurlitt, dem bisherigen Geschäftsführer des Hamburger Verbandes geschehen ist, oder noch geschehen wird, war noch nicht in Erfahrung zu bringen. Sein Einfluß dürfte indes wohl gebrochen sein, da Herr Rahardt „auf das Bestimmteste hofft“, daß die für den Friedensschluß im Hamburger Holzgewerbe eingeleitete Aktion „bald zu einem beide Teile befriedigenden Ergebnis führen möge“. Herr Gurlitt hielt sich bekanntlich immer nur mit einem Teile.

Der Verein sächsischer Holzindustrieller plant, mit dem Arbeitgeber-Schutzverband für das Baugewerbe im Königreich Sachsen einen Vertrag zu schließen, der die gegenseitige Unterstützung beider Organisationen vorsieht. In der am 30. September zu Dresden stattgefundenen Versammlung der Holzindustriellen wurde die Angelegenheit einer Kommission überwiesen.

Bei der Versicherungsgesellschaft des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände, die als Rückversicherung der Entschädigungsgesellschaften gegründet wurde, war im Jahre 1910 nach der „Post“ im ganzen eine Lohnsumme von 206 Millionen Mark für 156.000 Arbeiter — versichert. Als entschädigungspflichtig wurden über 2 Millionen Manntage angemeldet, von denen 1,2 Millionen auf Ausstände und 900.000 auf Ausperrungen entfielen. Den Hauptanteil beanspruchte der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller, der hauptsächlich infolge des Werstarbeiterausstandes 1 1/2 Millionen Manntage als entschädigungsberechtigt anerkannt erhielt. Zur Auszahlung der Entschädigungen reichte der vorhandene Fonds nicht aus, und es mußte daher ein Zuschuß aus dem Dispositionsfonds entnommen werden. Im Durchschnitt betragen die Entschädigungen 76 Pfg. oder 17 Prozent des Tagelohnes. Am stärksten war die Großindustrie an den Ausstandsentschädigungsgesellschaften beteiligt. — Im ganzen bestanden im Jahre 1910 13 Ausstandsversicherungsanstalten. Die von den Arbeitgebern an die Ausstandsentschädigungsgesellschaften zu zahlenden Beiträge schwanken zwischen 1 und 3 pro Mille der gezahlten Jahreslohnsumme.

Soziale Rechtsprechung.

Der Schadenersatzprozeß der Firma Schütt N. G. zu Gzerk gegen den Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands fand am 13. Oktober d. J. vor dem Reichsgericht zu Leipzig seine endgültige Erledigung. Sechs volle Jahre hat der Prozeß gewährt, bis zu dem genannten Tage, wo das Reichsgericht durch kostenpflichtige Zurückweisung der eingeleiteten Revision, dieser Prozeßschlange den Kopf zertrat. Nachdem in allen Instanzen das Urteil zugunsten unseres Verbandes ausgefallen war, konnte die Stellungnahme des obersten Gerichtshofes kaum noch einem Zweifel unterliegen. Das Kölner Oberlandesgericht hatte als vorletzte Instanz entschieden, daß eine Berufsorganisation, die einen Tarifbruch schädigt und damit den Tarifkontrahenten auf Arbeitgeberseite schädigt, wegen positiver Vertragsverletzung schadenersatzpflichtig sei, vorausgesetzt, daß jenes Verhalten für den Schaden ursächlich ist. In diesem Falle scheidet eine Haftung des Verbandes nach § 830 des Bürgerlichen Gesetzbuches aus, da der Verband als rechtsfähiger Verein nicht deliktischfähig sei und die erste Voraussetzung für die behauptete Schadenersatzpflicht des Verbandes, der ursächliche Zusammenhang mit dem eingetretenen Schaden fehle. Dieses recht fertige die Abweisung der Klage. Auch das Reichsgericht erklärte, daß nach den tatsächlichen Verhältnissen keine rechtliche Möglichkeit gegeben sei, den Verband als solchen zu verklagen. Falls das christlich auszufertigende Urteil des Reichsgerichts prinzipielle Fragen über die Haftpflicht der Gewerkschaften für Streikschäden enthalten sollte, kommen wir auf daselbe zurück.

Aus dem gewerblichen Leben.

Ringbildung in der Berliner Riffenfabrikation. Nachdem durch den Abschluß eines drei Jahre laufenden Tarifvertrags in der Berliner Riffenindustrie der wirtschaftliche Friede gesichert ist, beileben sich die Fabrikanten eine Erhöhung der Preise durchzudrücken. Wie sie sagen, ist es unmöglich, mit den bisher gezahlten Preisen noch länger auszukommen. Die Fabrikanten haben sich daher vertraglich verpflichtet, neue Angebote nicht unter den festzusetzenden Mindestpreisen abzugeben und Aufträge auszuführen. Dieser Vertrag bildet die rechtliche Grundlage für die Vereinbarung der Riffenfabrikanten Berlins und Umgebung. Von 70 in Frage kommenden Firmen sollen bereits die bedeutendsten 44 den Vertrag unterschrieben haben. Als Mindestpreise in der Riffenfabrikation sollen gelten:

effektive Holzstärke	6 mm	0,95 Mk. pro qm
"	8	1,10
"	10	1,15
"	13	1,20
"	16	1,40
"	20	1,60
"	23	1,85
"	30	2,40

Die Arbeiterbewegung

Monatschrift der christlich organisierten ::
Oktober
1911

leistungsfähige Seifensabrik Deutschlands. Sumerlässige reelle
Sicherung, selbste Ansbereitung, so heißt im Prospekt. Doch
nicht zu vergessen, es heißt weiter, daß die "Gelegentlich-
Differenz jeden Fachmann in Stammen fest". Wir staunen
schon! Damit unsere Kollegen ebenfalls staunen, seien die
Preise genannt:

5000 Seifenlofen	pro Stück 26 Mk.	1,35 m ferge
5000 Seifenlofen	" " 34 "	1,35 "
2000 Seifenlofen	" " 24 "	1,50 "
2000 Seifenlofen	" " 28 "	1,50 "
10000 hochf. Seifenlofen	" " 40 "	1,50 "
" " " " " "	" " 48 "	" " "
5000 Seifenlofen	pro Stück 45 Mk.	modern-hochfein
5000 Seifenlofen	" " 48 "	" " "
5000 Seifenlofen	" " 52 "	" " "
Ausführung feine Webware bezogen.		
300 Nähmaschinen A. Gar.	125 "	hochf.-modern
500 Nähmaschinen	" " 20 "	" " "
20000 Nähmaschinen	" " 200 "	" " "
12 "	" " 1500 "	" " "
100 "	" " 1500 "	" " "

Dabei wagt die Firma:
Warnung! Trotz meiner fabelhaft billigen Preise biete ich
eine in jeder Beziehung vorzügliche Postler-Weberei, die jeder
Fachmann für seine eigene Wertarbeit ausgeben kann und
dort mein Fabrikat nicht mit minderwertiger Schleuderware ver-
wechselt werden, welche in letzter Zeit der Markt verunreinigt!
Meine Devise lautet: "Das Beste bittigt!"

Unsere Kollegen werden wissen, daß man es hier mit der
größten Schundware zu tun hat, bei deren Anblick einem
unseres Handwerks.
Und wo finden wir diesen Prospekt? Weiliegend dem
Bundesorgan der deutschen Tapeziererinnungen offi-
zielles Organ der Schutzverbände. Mit folgendem Beibemerke:
"Von der Postlerweberei Steinhardt-Goldmann, Coblenz
und Köln liegt dieser Prospekt ebenfalls ein Prospekt bei, das
wir der Beachtung unserer Leser empfehlen."

Also das berufene Organ des realen Handwerks,
empfiehlt seinen Lesern einen solchen Schund. Jahraus und
jahrein schreibt man gegen diese Auswüchse, auf General-
versammlungen und Kongressen verurteilt man sie, und hier
schreibt man die Ideale um wenige Münzen besetzte.
Als der Berliner "Vedermittel-Tarif" veröffentlicht wurde,
schrieb ein Tapeziermeister W. Gaier-Berlin in dem In-
nungsorgan folgendes:
"Der Tarif ist ein Schandstück für unsern Beruf. Wer
solche Weberei kauft, ist der Reingefallene, und wer
dieselben weiter verkauft, schädigt sich und unser
Handwerk, denn die mit solchen "Weberei" beglückte
Kundschaft hat genug. Jedochfalls ist zu wünschen, daß der ver-
stündliche Tarif nicht nur eine abschreckende, sondern auch eine
erzieherische Wirkung auf unsere Kollegen ausübt, denn wir sehen
daran an, daß unser Gewerbe von innen ausgeschliffen wird,
wenn wir nicht versuchen, bereit schädigende Auswüchse mit allen
uns zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen. Wir brauchen
dazu keine neuen Gesetze, sondern müssen lediglich die vorhandenen
rechtig anwenden. Es wäre eine dankbare Aufgabe der unser
Gewerbe umschließenden Organisationen, hierzu die richtigen
Mittel und Wege zu finden und zur Anwendung zu bringen."

Eine Zuschrift.

Wer den Konferenzen unserer Sektionen beizuhören, wird
unmöglich zu der Überzeugung gelangt sein, daß es mit
unserer Bewegung nicht schlecht steht. Die Zahl der unseren
Verbände angehörenden Kollegen ist bedeutend gestiegen;
in der Erreichung besserer Löhne- und Arbeitsverhältnisse ist
das Möglichste getan, die Kollegen bekunden Opferwilligkeit,
der Versammlungsbetrieb ist durchweg gut, die geistige Bil-
dung der Kollegen hat ungewöhnlich Fortschritte gemacht,
die Arbeitsvermittlung kann unter den obwaltenden Verhält-
nissen kaum besser funktionieren. Alles, was lobenswert ist,
soll anerkannt werden. Um aber der ganzen Wahrheit die
Ghre zu geben, muß ich eines an unserer Bewegung tadeln
und das ist der mangelhafte Austausch unserer
Meinungen und die geringe Verwendung unserer
Fachorgane. Wenn die näher beieinanderliegenden Sektionen
zweimal im Jahre zusammenkommen, dann ist damit der ge-
meinsamen Sache noch nicht adäquat gebient. Notwendig ist,
daß dann auch die hier gegebenen Anregungen auf guten
Boden fallen und die Reichhaltigkeit der Konferenzen zur Durch-
führung kommen. Aber nicht zu flappen will, wie man es gern
manchorts nicht alles zu flappen will, die nicht zu
hätte. Meine Schmierigkeiten stellen sich ein, die nicht zu
überwinden sind. So glaubt man wenigstens. Wenn man
über eine andere Sektion sich auf dem gleichen Gebiet schon
versucht hat, so wird es auf Grund der ausgetauschten Er-
fahrungen viel eher möglich sein, zum gesteckten Ziele zu
kommen.

Unsere "Vereinigung" ist aber dazu geschaffen worden,
Erfahrungen auszutauschen, Anregungen zu geben, das Gute
mitzuteilen, vor Falschem zu warnen usw. Sie soll ein
Spiegelbild unserer ganzen Wirklichkeit sein. Das ist sie
leider aber nicht infolge der unzureichenden Schreibweise
unserer Kollegen. Wir besitzen bereits eine ganze Anzahl
Sektionen, die alle 14 Tage ihre Versammlungen abhalten;
über 60 Orten sind Berufsangehörige in unseren Ver-
bände organisiert, und ein Ding der Unmöglichkeit ist, daß
an all den Orten und in allen Versammlungen nur gar
nichts passiert, was mittelmäßig in unserem Organ wäre.
Ich halte es deshalb für eine Pflicht unserer Zentralkommission,
daß sie in dieser Beziehung Wandel schafft. Sie sollte die
Sektionen unbedingt verpflichten, daß über jeden im
Gewerbe am Ort passierten Vorgang, ein, wenn
auch kurzer Bericht für die "Vereinigung" ge-
schrieben werden muß. Gekürzt das, dann, so bin
ich überzeugt, wird das Gefühl der Zusammengehörigkeit in
unseren Reihen ein noch viel stärkeres werden und unsere
Bewegung wird sich noch viel besser als bisher entwickeln.
J. C.

Es lebe die Kunst.

Unglaublich! könnte man ausrufen, wenn man in dem
Metallprospekt der "Postlerweberei Steinhardt-Gold-
mann", früher Seuler in Köln, die Leistungen dieser ehren-
werten Kunstwerkstätte betrachtet. Es ist die größte und

Die Vertiefung.

Die Tapete stammt aus China. Dort war sie be-
reits im 4. Jahrhundert nach Christus bekannt und diente
zum Schmuck der Tempel und Häuser. Im 16. Jahrhun-
derte haben die Holländer, die damals das größte See-
fahrts- und handelsreisende Volk waren, die Tapete
nach Europa gebracht. Die feinsten chinesischen Tapeten
waren handgefertigte Papierstoffe, die in einzelnen Blättern
mit kunstvoller Handmalerei versehen oder bedruckt
wurden. Sie wurden damals, entsprechend den Zwecken,
denen sie dienten, in verschiednen Formen und Größen
hergestellt. Die Rollenweite mit fortlaufendem Muster
war noch unbekannt. Erst die Entwicklung der Buch-
druckkunst und die Einführung der Rotationsmaschine
hat die moderne Tapetenindustrie in die Höhe gebracht.
So lange China und Japan keine Handelsgebiete für
Europa waren, galten die Tapeten als Luxusartikel und
waren selten. Bis zum Ende des 17. Jahrhunderts
hielten sich die Preise auf großer Höhe und erst um 1750
wurden die Tapeten allgemeiner Gebrauch- und Handels-
artikel.

Aus der Bewegung.

Allen. Mit freudiger Genugung begrüßen unsere Kollegen
die Fortschritte ihrer Berufsorganisation. So wie die Gesamt-
bewegung hat auch die Sektion Eisen der Tapezierer und Sattler
ihre Mitglieder stetig gesteigert. Es ist das ein Beweis für
das lebhafteste Interesse, daß die Kollegen ihrer Organisation ent-
gegenbringen. 3. Bl. beträgt die Zahl unserer Mitglieder 86.
Mit dieser Mitgliederzahl sind wir keineswegs zufrieden. Ins-
besondere in Eisen's Fachrichtung sind noch sehr viel Kollegen zu
gewinnen. Und notwendig ist die Organisation für die Berufs-
angehörigen. Bei den letzten Lebensverhältnissen muß man sich
eigenlich wundern, daß nicht schon längst alle Kollegen den Wert
des Zusammenhanges erkannt haben. Aber auch für die Fälle
bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Erbeshfällen, Unfällen u. mit
seinen Hinterlassungen eintreff. Mit keinen Einrichtungen kann
sich unser Verband sehr gut neben den sog. "freien", in Wirk-
lichkeit aber sozial. Berufsverbänden sehen lassen. Ein dringlich
und national gesunder Berufsschutz hat wirklich nicht notwendig
sich jenen sozialdemokratischen Organisationen angeschlossen und
seine Interessen in Lohn- und Arbeitsverhältnissen wahrzunehmen.
Wer aber in jene Gewerkschaften hineingeht, der sollte sich eigent-
lich bemüht sein, daß er in die Vorhülle der Sozialdemokratie
geraten ist. Über den Charakter der "freien" Gewerkschaften
ist zu verstehen angeht die Tatsache, daß die "freien" Verbände
immerfort von einer "Neutralität" schwärzen, die gar nicht besteht.
Es ist deshalb unsere Pflicht, auch nach dieser Seite hin auf-
merksam zu wirken, damit alle Kollegen das wahre Gesicht der
"freien" Gewerkschaften in seiner ganzen wahren Freigewerkschaft-
heit erkennen. Es muß noch so weit kommen, daß die "freien"
Verbände genötigt sind, in ihrer ganzen Agitation, die heuchlerische
Bühne fallen zu lassen. Kollegen! Laßt keine Gelegenheit un-
benutzt vorüber gehen, ohne für eure Berufsorganisation zu
werben. Das Geheiß, auch bei der Stärkung der Berufsorgani-
sation mitgemacht zu haben ist ein freudiges. Freunde! Schafft
Ausflüge, werbet unermüdetlich!

NB. Zur sachlichen Ausbildung unserer Kollegen findet
wie auch in früheren Jahren ein Vorkursus statt, an dem sich
circa 25 Kollegen beteiligen. Diese Vorkursus sollte von allen
Kollegen, die ein Interesse an ihrer Fortbildung haben, benutzt werden.
Eisen. Unsere Sektion sollte in einer außerordentlichen General-
versammlung den Beschluß, den wichtigsten Beitrag von 60 Pf.
auf 70 Pf. zu erhöhen. Die übergroße Mehrheit, mit der der
Beschluß einstimmig kam, beweist mehr wie alles andere, daß in
unserer Zahlstelle ein guter Geist vorhanden ist.

Die Vertiefung.

Das Seifensprüharbeiten des älteren nicht vom Seife-
ring selbst angefertigt werden.
Von der Einführung der Seifensprühmaschine hat man seit
seiner, daß ihre Herkunft verhältnismäßig erst im 17. Jahrhundert zu
ehren kam. Denn das Alsterium konnte anscheinend nur das
Wasser, die Steinbahn, die mit zahlreichen Riffen üppig ge-
schmückt war, und den niederen Schmelz. Selbst im Mittel-
alter setzte man sich auf Schmelz und Bänken zur Tafel.
Ers im 14. Jahrhundert entwickelte sich der bequemere mit
Seifen verleihe Stuhl, anfangs fast ausschließlich von den
Krankten und den Frauen benutzt. Gegen das Jahr 1680,
als man beginnt, kleine Räume zu gestalten, in denen man
das als Ruhebett als Platzraub empfand, entfielen die
ersten Seifensprühmaschinen. In ihnen vereinigte man die prakti-
sche Verwendbarkeit des Stuhles mit der Bequemlichkeit des
Platzbettes und gewann so ein Möbelstück, das sich bequem
im Zimmer aufstellen ließ, ohne viel Raum einzunehmen.
Die "Grande Dauphine" gab die entscheidende Anregung
für die allgemeine Einführung der neuen Stuhlmöbel; sie be-
legte sich bittet, daß das Sagen auf den gewöhnlichen Stühlen
irregelmäßig eine bequeme Sitzgelegenheit zu konstruieren und
aus dieser Verschmelzung von Ruhebett und Stuhl ging die
einfachere und annähernde Seifensprühmaschine hervor. Ihr Er-
finden verursachte eine wahre Revolution in den Salons.
Die eleganten Damen einlasierten in der Ausbarmilchung ihrer
Seifensprühmaschinen; kostbare Ornamente, prachtvolle Stoffe und
Stickerien tauchten auf und bald gab es keinen Salon mehr,
in dem der neue Stuhl fehlte.

Tapezierer-Genossenschaften. Wie wir schon melde-
ten, haben sich die bestehenden Tapezierer-Genossenschaften auf einer
Tagung zu Dresden zu einer Central-Einkaufsgenossenschaft
zusammengeschlossen. Wie dort mitgeteilt wurde, existieren
bis heute folgende Genossenschaften:

- Berlin: 1. Tapeten-Ein- und Verkaufsgenossenschaft
vereinigter Tapezierermeister zu Berlin, e. G. m. b. H., Ver-
ein C., Alexanderstr. 38a. 2. Ein- und Verkaufsgenossen-
schaft für Holzmaterialien der Tapezierer- und Dekorations-
branche, Berlin SW. 61, Mühlentstr. 55. Frankfurt a. M.:
3. Tapezierer-Genossenschaft für Ein- und Verkauf, sowie Ar-
beitsübernahme in Frankfurt a. M. und Umgebung, e. G. m.
b. H. 4. Ein- und Verkaufsgenossenschaft der
Tapezierer, e. G. m. b. H., Grottko, Hamburg: 5. Ham-
burger Tapezierer-Genossenschaft, e. G. m. b. H. 6. Han-
nover: 6. Genossenschaft für Innenbekleidung, e. G. m. b. H.
7. Holzwerkzeug 28. Karlsruhe i. B.: 7. Holzwerk-
genossenschaft der Tapezierer, e. G. m. b. H., Karlsruhe, Adler-
str. 19. Leipzig: 8. Tapezierer-Genossenschaft, e. G.
m. b. H., Leipzig, Sidonienstr. 25. 9. Genossenschaft für
Innenbekleidung, e. G. m. b. H., Leipzig, Pflanzengasse 8.
München: 10. Einkaufsgenossenschaft der Tapezierermeister
zu München, e. G. m. b. H., Karlsruherstr. 5. Nürnberg:
11. Tapezierer-Einkaufsgenossenschaft, e. G. m. b. H., Nürn-
berg, Pfalz: 12. Holzwerk-Genossenschaft der Pfalz, e. G.
m. b. H., Ludwigsplatz, Weidstr. 41. Regensburg:
13. Tapezierer-Genossenschaft in Regensburg, St. An-
nast. 14. Genossenschaft der Tapezierermeister in Stuttgart,
e. G. m. b. H., Stuttgart, Hegelstr. 8. Wiesbaden:
15. Ein- und Verkaufsgenossenschaft der Tapezierer-Znennung,
Wiesbaden, e. G. m. b. H., Friedrichstraße 12. Würzburg:
16. Tapezierer-Einkaufsgenossenschaft, e. G. m. b. H., Würz-
burg, Harardplatz 2. Magdeburg: 17. Holzwerk-Genossen-
schaft der Tapezierer, Schroderstraße 17/18. Hannover:
18. Klopffabrik, e. G. m. b. H., Getzstr. 19. "Pura",
e. G. m. b. H., Berlin: 20. Klopffabrik, e. G. m. b. H.

Zwei weitere Genossenschaften sind in Braunschweig und
Darmstadt in der Bildung begriffen.

Diese Preise sollen durchweg mit 10 Prozent Nutzen kalkuliert sein und mit 20 Prozent Handlungskosten. Außer den genannten Preisen wird berechnet: Wändeisen 17 Millimeter breit mit 10 Pfg. für den laufenden Meter und bei 20 Millimeter Breite mit 12 Pfg. Das Decktuch wird nach dem Außenmaß der Kisten mit 40 Pfg. der Quadratmeter berechnet. Diese Bedingungen, welche für geleimte Kisten gelten, ermäßigen sich bei ungeleimten um 5 Pfg. für den Quadratmeter. Die Preise verstehen sich ohne Rabatt, und es soll auch nur bei Kassakonditionen (innerhalb von dreißig Tagen) ein Skonto von 2 Prozent zulässig sein.

Industrie für Holzverarbeitung, Akt.-Ges. in Altenessen. Von der verfrachten Niederdeutschen Bank gegründete Gesellschaft hat ihre finanziellen Schwierigkeiten einigermaßen dadurch behoben, daß die Aktien erst von 1 000 000 Mk. auf 250 000 Mk. zusammengelegt und später wieder auf erstgenannte Summe erhöht wurde. Der jetzt vorliegende Abschluß für das letzte Geschäftsjahr weist eine Unterbilanz von 99 043 Mk. auf. Im Jahre 1909 konnten neben 21 750 Mk. Abschreibungen noch 35 235 Mk. Gewinn gebucht werden.

Eine Konsumvereins-Hündhölzerfabrik. Die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine hat die in Lauenburg (Elbe) belegene Hündhölzerfabrik angekauft. Die Produktion soll zum 1. Juli nächsten Jahres aufgenommen werden.

Gute Beschäftigung in der Knopfindustrie. Wie die Chemnitzer „Allgemeine Zeitung“ (6. Oktober) mitteilt, ist nach den Aussagen der Modedivision eine große Knopfsaison zu erwarten. Das Geschäft in der Knopfindustrie hat sich in den letzten Tagen dann auch schon bedeutend gehoben. Besonders zeitig sind diesmal die Zelluloidknopf-Fabrikanten mit den neuen Sommerkollektionen auf dem Markt erschienen. Soweit man heute voraussagen kann, werden diese Zelluloidknöpfe, welche vorzugsweise in Peccanc fabriziert werden, auch wieder für den Sommer die große Rolle spielen, die sie in den letzten Saisons gespielt haben. Als Neuheit werden kantige Zelluloidknöpfe mit kantigen Rändern, und sehr viel Vierlochknöpfe in flachen Fassons zur Vorlage gebracht. Die Büfflerungen halten sich auch in den bekanntesten Abteilungen, die bekanntlich in Steinnußknöpfen verwendet werden. In der Hauptsache werden aber die Naturfarben und besondere Schattierungen von echten Büffelhornknöpfen imitiert. Als Hauptgrößen kommen 8", 14" und 16" in Betracht, die Größen 18" und weiter aufwärts werden für den Sommer in Betracht kommen. Kunsthornknöpfe, welche im Handel unter dem Namen „Galalith“ bekannt sind, werden ganz bedeutend gekauft, besonders in Schwarz, Grau und in den hellen und dunklen Büffelarten, welche letztere als Ersatz für echte Büffelhornknöpfe genommen werden. Auch Galalithknöpfe mit Perlmuttereinlagen sind sehr begehrt. Die Galalithknöpfe hat man entgegen der früher plattgewölbten Form, jetzt mehr flach gemustert. Die Peripherie des Knopfes ist in der Hauptsache flach gehalten, und es sind auf diesem Rande verschiedene Einlagen aus farbigen Gläsern vorgehen. Beispielsweise grenzen zahlreiche, sich zu einer Kette vereinigende Halbmonde die Handfläche ab, kurz, man hat den Rand mit auffallenden Farben ausgestaltet, um das erhabene Mittelstück in einer Größeneinwirkung etwas zurückzustellen. Die Beschäftigung in den Steinnußfabriken ist in Schwölln und Gößnis ist zurzeit noch recht flott. Bei den meisten Fabriken hat es großer Anstrengungen bedurft, um sämtliche Aufträge überhaupt rechtzeitig zur Ablieferung zu bringen. Die neuen Kollektionen für Sommer 1912 arbeiten bereits seit einigen Tagen. Die Fabrikanten erwarten eine große Saison. Betreffs der Fabrikation der großen Steinnußknöpfe haben die Fabrikanten aber mit sehr großen Schwierigkeiten zu kämpfen, da das betreffende Rohmaterial für diese großen Knöpfe nur sehr schwer zu beschaffen ist und sie dafür sehr hohe Preise bezahlen müssen. Die Hoffnung der Fabrikanten auf etwas billigeres Rohmaterial, dürfte wohl kaum in Erfüllung gehen. Auch die Steinnußknöpfe werden jetzt, entgegen der früher plattgewölbten Form mehr flach bombé zur Vorlage gebracht. Steinnußknöpfe sind auch schon für den Sommer wieder groß aufgenommen worden. Neue Formen gibt es in dem Artikel zur Vereinzelt, der Hauptwert wird auf gute Farben gelegt, die in den modernen Stoffen passen. Hornknöpfe werden auch für den Sommer wieder eine große Rolle spielen. In Hornknöpfen werden jetzt hauptsächlich die Naturfarben verlangt, und da jowiel Material wie gebraucht wird, überhaupt nicht heranzuschaffen ist, man jetzt vielfach dazu übergegangen, das Material, welches früher nur zu schwarzen Knöpfen verarbeitet werden konnte, so zu reparieren, daß helle naturfarbige Knöpfe daraus fabriziert werden. Perlmuttereinlagen sind zwar schon seit ca. einem Jahre sehr viel gefragt worden, aber nach den Ordrern der letzten Zeit zu urteilen, scheint sich für Perlmutterknöpfe eine bedeutende Mode zu entwickeln. Es werden ganz große 80", 90", sogar bis 120" Knöpfe bestellt. Während alle Sorten Knöpfe schon in großen Mengen gehen, so ist der Bedarf in ganz großen Perlmutterknöpfen noch größerer, und zwar vorzugsweise in Natur, Weiß und Ambré. Die Nachfrage ist so groß, daß lange nicht alle Ordrern befriedigung finden können. Es werden auch sehr große Knöpfe 80" bis 90", sowohl aus reinem Perlmutter, als auch in Verbindung mit Galalith sehr viel verlangt. Es werden sowohl Kunst- und Wulstfassen, als auch komplizierte gestreifte Genres sehr verlangt. Die Preise des guten Materials sind schon in die Höhe gegangen, und wenn die Nachfrage noch länger anhält, so wird sich eine Knappheit des Materials, verbunden mit weiteren Preiserhöhungen bemerkbar machen.

Eichenholzpreise. Die starke Nachfrage nach Eichenholz hat die Preise ganz gewaltig anschwellen lassen. Nach den Aufzeichnungen eines bayerischen Forstamtes im Speßart werden für die verschiedensten Sorten in den nachbenannten Jahren im Durchschnitt per Kubikmeter Eichenholz bezahlt:

	1. Kl.	2. Kl.	3. Kl.	4. Kl.	5. Kl.	6. Kl.	7. Kl.
1910	37.—	31.50	28.50	24.—	19.—	—	—
1911	45.50	40.50	35.—	27.50	22.40	—	—
1912	50.10	44.10	39.—	29.85	25.50	—	—
1913	96.96	75.76	62.21	51.17	37.70	—	—
1914	109.83	90.80	66.32	48.85	37.94	—	—
1915	144.42	115.92	98.33	88.16	37.78	25.59	17.90

Man bezahlt also heute für den Kubikmeter der 5. Klasse Eichenholz, als man vor fünfzig Jahren für erstklassige Eichenholz anlegte. Die angeführten Zahlen bedeuten nur den Durchschnittspreis für Eichen im Walde. Der Höchstpreis für erstklassige Ware bei den Versteigerungen der königlichen Speßartforstämter oft angelegt wurde, übersteigt diese um 30 und 40 und noch mehr Prozent.

Die österreichische Buchholzmöbelindustrie hat in den letzten Jahren sehr darunter gelitten, daß der Absatz im Auslande durch hohe Zölle erschwert wurde und dadurch in den einzelnen Ländern eine Konkurrenzindustrie entstehen konnte. Neuerdings fühlt sich die österreichische Industrie weiter geschädigt durch die erhöhten Eisenbahntarife, die den Bezug des Buchenholzes verteuern. Das ungarische Buchenholz kostet, auf dem Wasserwege nach Spanien transportiert, weniger Fracht, als das mit der Eisenbahn nach Oesterreich beförderte. Da die österreichische Buchholzmöbel-Industrie für ca. 17 Millionen Mark exportiert, ist die Beschaffung billiger Rohmaterialien — und dazu dienen niedrige Eisenbahntarife — eine Lebensfrage.

Betriebsbeschränkung in der Stuhlindustrie. Die Stuhlfabrik Vogler & Cie. in Weinheim (Baden) hat eine so bedeutende Betriebsbeschränkung vorgenommen, daß 45 Arbeiter ihre Kündigung erhielten.

Die größten Unternehmungen Deutschlands. Nach dem „Berliner Tageblatt“ bestehen z. Zt. in Deutschland 15 Unternehmungen, die mit einem Aktienkapital von 100 Millionen Mk. und darüber arbeiten. An erster Stelle stehen drei Banken, die deutsche Bank, die Dresdener Bank und die Diskontogesellschaft, die über je 200 Millionen Aktienkapital verfügen. Die Reichsbank arbeitet mit 180 Millionen. Das gleiche Aktienkapital hat das Krupp'sche Unternehmen; außerdem rechnet Krupp noch mit einer Anleihe von 57 223 760 Mk. Ein ungefähr gleiches Verhältnis besteht bei der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft mit 180 Millionen Mk. Aktienkapital und 54 619 000 Mk. Anleihen. Diesen Unternehmungen folgen: Darmstädter Bank: 160 Millionen Mk. Aktienkapital; Schaffhausen'scher Bankverein 145 Mill. Mk.; Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft: 130 Millionen Mk. (50 938 500 Mk. Anleihen); Hamburg-Amerika-Linie 125 Mill. Aktien (74 312 500 Mk. Anleihen); Norddeutscher Lloyd 125 Mill. (72 800 000 Mk.); Berliner Handelsgesellschaft 110 Mill.; Rhön-Grube 106 Mill. (33 434 000 Mk.); Große Berliner Straßenbahn 100,08 Mill. (3 280 000 Mk.); Deutsch-Luxemburgische Bergwerksgesellschaft 100 Millionen (33 324 582 Mk.). Recht nahe gerückt sind diese letzten Unternehmungen: die Nationalbank für Deutschland mit 90 Mill. Mk. Aktienkapital, die Rheinisch-Westfälische Diskontogesellschaft mit 95 Mill. Mk., die Siemens- und Schuckert-Werke mit einem Kapital von 90 Mill. Mk., die Harpener Bergbaugesellschaft mit 85 Mill. Mk., die Kommerz- und Diskontobank mit 85 Mill. Mk. und die Hohenlohe-Werke mit 80 Mill. Mk. Die genannten 21 Unternehmungen verfügen insgesamt über drei Milliarden Mark Kapital.

Konkurrenz den Korbmachern! In einer Broschüre „Korbweidenkultur und deren Verwertung durch Heimarbeit“ empfiehlt der Verfasser (Tierzuchtinstruktur Statemann-Altenstein) die Abwanderung von Lande in die Industriegebiete zu hemmen durch die Korbweidenkultur. Die Rentabilität des Weidenanbaues sei hier erwiesen und dort wo der Pflanzler die Weiden nicht verkaufen wolle, biete die Korbflecherei ein Mittel, die Leute im Winter, zu einer Zeit, wo die Landwirtschaft in geringerem Maße der Arbeitskräfte bedarf, zu beschäftigen. Die Verarbeitung der Korbweiden bedeutet außerdem die Erschließung eines neuen Erwerbszweiges, „der besonders halben Kräften zugute kommt, auch Frauen und Kinder, welche während ihrer freien Zeit bei der leichten Arbeit des Schälens, Sortierens usw. guten Nebenverdienst finden“. Deshalb empfiehlt Statemann, namentlich in Gegenden mit stark bäuerlicher Besitzverteilung und überall dort, wo bei mangelndem Waldbesitz arbeitsarme Monate eintreten können, derartige Winter-Heimarbeit einzuführen. Es eröffnen sich bei der Durchführung der Pläne der heimarbeitenden Korbmacher nette Aussichten zumal wenn selbst die „Kinderarbeit“ dazu beitragen soll, die Konkurrenz zu verstärken.

Waggonmangel. Die Trockenheit des Sommers hat dazu geführt, daß unsere Wasserstraßen nicht in dem Maße Güter verfrachten konnten, als es sonst der Fall war. Eine stärkere Belastung der Eisenbahnen war die Folge. So ist erklärlich, wenn das Lied vom Eisenbahnmangel wiederum angestimmt wird. Besonders empfindlich macht der Mangel an Güterwagen im Ruhrrevier, der indes noch auf eine erhebliche Steigerung in der kommenden Zeit zu rechnen hat. Im Jahre 1909 konnten nur 0,2 Prozent der verlangten Wagen nicht gestellt werden. Im Jahre 1910 waren es bereits 0,9 Prozent. Vergleicht man die Jahre der Hochkonjunktur, so ergibt sich, daß in diesen der Wagenmangel noch stärker in die Erscheinung trat. Der Wagenpark der Preussisch-Hessischen Staatsbahnen hat sich, soweit Wagen zur Beförderung von Kohlen und Koks in Frage kommen, im letzten Jahr nur unerheblich vermehrt. Am 1. Oktober 1910 betrug der Bestand 230 966 Wagen, am 1. Oktober 1911 345 070 Wagen. Das ist eine Zunahme von 3,6 Prozent. Rechnet man die Tragfähigkeit der Wagen in Wagen zu 10 Tonnen um, so beträgt die Zunahme 4,2 Prozent. Eine Abhandlung über den Wagenmangel in der „Kölnischen Volkszeitung“ führt die bedauerliche Erscheinung aber nicht so sehr auf die nicht genügende Zahl zurück, sondern auf die unwirtschaftliche Ausnutzung der Wagen. Heute wie vor fünfzig Jahren — ein Fortschritt sei in dieser Beziehung nicht zu verzeichnen — befanden sich die Wagen 3 Stunden auf der Fahrt und 21 Stunden auf den Stationen. Die Tragfähigkeit der Wagen sei wohl erhöht worden, jedoch ohne Rücksichtnahme auf die Erleichterung, Verbilligung und Beschleunigung der Entladung. Der Versuch mit den sog. Schnellladewagen habe gezeigt, daß diese Wagenart den gestellten Anforderungen nicht entspreche und der Versuch, einen Einheitswagen zu schaffen, entgiltig aufgegeben werden müsse. Für die Verfrachter von Massengütern sei die Beschaffung von Selbstentladern angebracht, während für die übrigen in offenen Wagen zu befördernden Gütern sich am besten die üblichen Wagen von 10 und 15 Tonnen Verwendung fänden.

Vereinigte Pflanzfabriken in Nürnberg. Der Aufsichtsrat dieser Gesellschaft hat beschlossen, der am 18. Oktober stattfindenden

Generalversammlung eine Dividende von 15 Prozent, wie seit mehreren Jahren, vorzuschlagen. Das am 30. Juni cr. beendete Geschäftsjahr schloß mit einem Gewinn von 928 040 Mk. (i. B. 942 137 Mk.) ab, der wie folgt verwendet werden soll: zur Abschreibung auf Immobilien 19 214 Mk. (i. B. 19 403 Mk.), auf Maschinen und Utensilien 9 930 Mk. (i. B. 21 914 Mk.); ferner zur Ueberweisung auf den Arbeiter-Wohlfahrtsfonds 10 000 Mk. (wie im Vorjahr), auf den Beamten-Unterstützungsfonds 20 000 Mk. (wie im Vorjahr), auf die Gebührenaquivalenz-Reserve 2500 Mk. (i. B. 1500 Mk.), auf die Erneuerungskasse-Reserve 3750 Mk. (wie i. B.), auf den außerordentlichen Reservefonds 50 000 Mk. (wie i. B.), auf den Spezialreservefonds ebenfalls 50 000 Mk. (wie im Vorjahr); dann zu den scheidungs-gemäßen Anteilen an den Aufsichtsrat 52 446 Mk. (i. B. 52 029 Mk.) und an den Vorstand, Beamte und Bediente der Gesellschaft 657 755 Mk. (i. B. 650 688 Mk.) sollen 562 500 Mk. als Dividende zur Verteilung gelangen und restliche 95 255 Mk. (i. B. 88 188 Mk.) auf neue Rechnung vortragen werden.

Zum Kampf zwischen den Berliner Tischlermeistern und den Möbelhändlern finden wir in der Königsberger Ostpreussischen Zeitung (Nr. 198) u. a.: folgende verständigen Ausführungen:

„Handwerk und Käufer haben den gleichen Anlaß, diese Vorgänge nicht als ein Ereignis rein ökonomischen Charakters zu bewerten. Die Berliner Tischlermeister stellen hier lediglich die Vorposten in einem Kampfe, der sicher bald auch in anderen Erwerbszweigen und in andern Großstädten versucht werden wird, und jeder hat eine Kostprobe dafür, was geschehen wird, wenn es dem Großkapital erst gelingt, sich zwischen Handwerk und Käufer zu drängen. Erhöhen sich doch in Berlin die Möbelpreise auf dem kurzen Wege vom Handwerksmeister zum großen Möbelhändler um mindestens 5 bis 10 Prozent. Vor kurzem meldete der Jahresbericht des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller einen Rückgang des Großhandels in der Möbelindustrie und führte ihn auf die wachsende Vorliebe auch der mittleren Kundenschaft für Einzelanfertigung und Qualitätsarbeit zurück. Diese Triebfeder sei nicht unterschätzt, aber der metallene Beigeschmack wird wohl auch mitsprechen, wenn der Gang zum Handwerksmeister jetzt des öfteren bevorzugt wird. Der Berliner großkapitalistische Möbelhandel versucht die ihm unangenehmen Knoten einfach mit dem Schwerte seiner finanziellen Macht zu durchschlagen, indem er den an Private liefernden Tischlermeister überhaupt nicht dulden oder ihn zum mindesten tributpflichtig machen wollte. Diese Berliner Gewalt- und Boykottpolitik selbst in schwächeren Anfängen anderwärts nicht aufkommen zu lassen, liegt ebenso im Interesse des Handwerks wie des Käufers. Beiden wird ja das Fell über die Ohren gezogen, sofern sie entsprechenden Ver suchen nicht sofort entschlossen entgegenreten. Die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft haben zwar in rührendem Mitleid mit den nothleidenden Möbelgroßhändlern eingewendet, der Handwerksmeister könne doch beim Privatverkauf seine Aufmerksamkeit nicht mehr ungeleitet der Werkstatt zu wenden. Aber diese Weisen im Kaufmannsrod haben hoffentlich auch schon bessere Scherze gemacht, und sie übersehen im übrigen, daß der den Berliner Tischlermeistern aufgedrungene Kampf um Berufslehre und ungeschmälerter wirtschaftliche Selbständigkeit zu schmerzhaft wirkenden Ausprüchen überhaupt keinen Anreiz bieten sollte.“

Eingangs seines Artikels beschäftigt sich das Blatt mit der Haltung der Berliner Presse und der Haltung des Publikums, die eine große Teilnahmslosigkeit an den Vorgängen befunde. Dann kommt das Blatt auf den Hansabund zu sprechen:

Goppa, da wäre ja beinahe der Hansabund vergessen worden; er ist ja wohl für Handel, Industrie und auch noch so ein bißchen für das Gewerbe gegründet worden. Bedauere unendlich — erwiderte Herr Jakob Rießer — wir vertreten nur die gemeinsamen Interessen der drei Berufsstände. Zu deutsch: Wenn wichtige Teile des Handwerks vom Großkapital verzehrt werden sollen, beschränkt sich der Hansabund auf den höflichen Zuruf: Guten Appetit!“

Für Herrn Rahardt, den eifrigen Verfechter der Hansabundsidee gewiß eine bittere Wahrheit.

Die Waldungen Rheinlands und Westfalens, 834 989,5 resp. 566 280 Hektar ergeben nach Schätzung einen Derbholzertrag pro Jahr von ca. 2 802 589 Festmetern. Bei dem staatlichen Forsten ergab sich im Jahre 1909 ein Derbholzertrag pro Hektar von 5,91 in den Regierungsbezirken Minden und Münster und 3,25 im Regierungsbezirk Köln. — Eine Anzahl Gemeinden Rheinlands und Westfalens sind im Besitze von Waldungen. An erster Stelle steht Paderborn mit 8123 Hektar Wald. Es folgen: Winterberg 7961 Hektar, Höxter 6248; Wehlar 5845; Brilon 5469; Warstein 3061; Marsberg 2477; Kirchberg 965; Haltern 900; Reheim 652; Rheinbach 523; Beleda 462; Duisburg 445; Hagen 316; Dortmund 217 u. s. f. Eine Anzahl Privatforsten weisen folgende Größe auf: Frhr. v. Kettler-Schwarzentraben 1512 Hektar; Frhr. v. Der-Egelsberg 1065; Graf v. Deynhauens-Druburg 1688; Fürst v. Salm-Horstmar 1877; Frhr. v. Eitz-Bahn 473; Graf v. Reiffelstadt-Föhren 3520 und Fürst zu Solms-Braunsfeld 2758.

Preiserhöhung in der Korbindustrie. Die Korbindustriellen gehen international mit einer Erhöhung der Preise der Fabrikate vor. In einem Rundschreiben an die Konsumenten wird diese Maßnahme folgendermaßen begründet:

„Die Nachfrage nach Korbholz war in den letzten zwei Jahren eine ungewöhnlich große und steigerte sich in den verfloßenen sieben Monaten ganz besonders. Durch diesen Umstand hatte schon die Korbholzernte des Jahres 1910 eine Steigerung der Korbpreise zur Folge, die durch die von der Republik Portugal verjügte Einführung eines Ausfuhrzollens auf einen Teil des Korbholzes noch mehr vergrößert wurde. Trotzdem ist eine dementsprechende Preiserhöhung für fertige Korbewaren nicht eingetreten. Man hatte gehofft, mit den alten Preisen bis zur nächsten Ernte auszukommen und die große Lücke in den Lagerbeständen mit frischer Ware ausfüllen zu können. Jedoch stellte sich heraus, daß die neue Ernte — 1911 schon vor ihrem Beginn (August) völlig verkauft ist. Die Korbenproduktion könne also nicht damit rechnen, daß die Preise für Rohmaterial fallen werden. Die große Preisdifferenz könne aber der Fabrikant nicht allein tragen, weshalb es ganz unmöglich sei, Korben und Korbfabrikate aller Art in gleicher Qualität zu bisherigen Preisen weiter zu liefern.“

Vereinigte Säge- und Hobelwerke H. Schaaf & Co. A. G. in Remel. Auch diese Gesellschaft befindet sich in finanziellen Nöten. Sie arbeitet mit einem Aktienkapital von 1,1 Mill. Mark. Der Aufsichtsrat hat nun eine General-

versammlung einberufen, um beschließen zu lassen, daß verschiedene Gesellschafts-Grundstücke verkauft werden sollen.

Schlesische Holzindustrie A. S. vorm. Kuscheweh und Schmidt in Langenöls. Für das Geschäftsjahr 1911 verteilt diese Gesellschaft eine Dividende von 9 Proz. gegen 10 Proz. im Vorjahre.

Begünstigung des russischen Schiffbaues. Die russische Regierung hat einen Gesetzentwurf genehmigt, der die Verteilung von Prämien an russische Werften vorsieht.

Sächsische Holzindustrie-Gesellschaft zu Rabenau. Die in Liquidation befindliche Gesellschaft hielt am 2. Oktober eine Generalversammlung ab.

Zur Lage der Waggonfabriken wird der „Frankfurter Zeitung“ mitgeteilt, daß eine nennenswerte Vermehrung der staatlichen Aufträge noch nicht erfolgt ist.

Vom Holzmarkt. Auf dem gesamten deutschen Holzmarkt vollziehen sich 3 St. Preiserhöhungen, die einen noch lebhafteren Charakter annehmen dürften.

Verreinigte Möbelfabriken „Germania“ A. S. in Bad Sauerberg a. S. Ueber diese Gesellschaft finden wir in der Fachpresse folgende Notiz:

Die Vereinigten Möbelfabriken „Germania“ A. S. in Bad Sauerberg (Sax) beruft eine Generalversammlung zwecks Mitteilung gemäß § 240 des S. G. B. ein.

Das nicht anderes zu bejagen scheint, als daß sich das Unternehmen in finanziellen Schwierigkeiten befindet.

Schlesische Holzindustrie A. S. in Gossentz bei Neunkirch. Der Aufsichtsrat beschloß, auf das erhöhte Aktienkapital von 1 1/2 Mill. Mk. eine Dividende von 7 1/2 Prozent (gegen 7 Prozent auf eine Mill. Mk. i. V.) auszuschlagen.

(38 830 Mk.). In den ersten drei Monaten des neuen Geschäftsjahres hat der Umsatz, wie mitgeteilt wird, eine weitere Erhöhung erfahren.

Mundus A. S. Die so benannten österreichischen Holzmöbelfabriken verteilen für das abgelaufene Geschäftsjahr keine Dividende.

Die Akt.-Ges. für Korbwaren- und Rindervagenindustrie in Lichtenfels hat die Korbwarenanufaktur von S. A. Goller & Co. in Lichtenfels käuflich erworben.

Schwedens Holzindustrie hat es trotz der ihr im Ausland begegnenden scharfen Konkurrenz und trotz der von ihren Produkten in den meisten Industrieländern erhobenen hohen Eingangszölle im Jahre 1910 doch vermocht, ihre Ausfuhr zu vergrößern.

Schlesische Holzindustrie, Aktien-Gesellschaft, vormals Kuscheweh & Schmidt in Langenöls. Das am 30. Juni beendete Geschäftsjahr ergab einen Reingewinn von 128 784 Mk., bei 38 404 Mk. Abschreibungen.

F. Rüppertsbuch & Söhne A. S. in Gelsenkirchen II. Eine auf den 17. Oktober von dieser Gesellschaft einberufene Generalversammlung soll über die Erhöhung des Aktienkapitals um 500 000 Mk. auf 4 Millionen Mark beschließen.

Holzindustrie Albert Maagen, Akt.-Ges., in Lippstadt. Die Unterbilanz dieser liquidierten Gesellschaft ist auf 1879 042 Mk. gestiegen.

Die Herstellung von Holzbeizen. In England werden bekanntlich Holzbeizen, im großen hergestellt, angewendet, auch nach dem Kontinente von dort exportiert, so daß es nicht uninteressant sein dürfte, die Zusammenfassung kennen zu lernen.

Ebenholzbeize: 27 Kilo Wasser, 27 Kilo gemahlener Blauschwarz, 1,55 Kilo gemahlener Borax, 0,45 Kilo wasserlöslicher Zeerfarbstoff.

Rufholzbeize: 22,5 Kilo Wasser, 2,25 Kilo gemahlener Granatschwarz, 1,13 Kilo gemahlener Borax, 0,405 Kilo wasserlöslicher Zeerfarbstoff (Muschelbraun).

Eigenholzbeize: 27 Kilo Wasser, 2,7 Kilo gemahlener Drangeschwarz, 1,35 Kilo gemahlener Borax, 0,47 Kilo wasserlöslicher Zeerfarbstoff (eigenbraun).

Tannenholzbeize: 36,5 Kilo Wasser, 3,65 Kilo gemahlener Schellack, 1,80 Kilo gemahlener Borax, 0,372 Kilo wasserlöslicher Zeerfarbstoff (tannenholzbrown).

Salinholzbeize: 27,5 Kilo Wasser, 2,75 Kilo gemahlener gebleichter Schellack, 1,38 Kilo gemahlener Borax, 0,465 Kilo wasserlöslicher Zeerfarbstoff (salinbraun).

Mahagoniholzbeize: 27,5 Kilo Wasser, 2,75 Kilo gemahlener Drangeschwarz, 1,38 Kilo gemahlener Borax, 0,560 Kilo wasserlöslicher Zeerfarbstoff (mahagonibraun).

Grüne Holzbeize: 27,5 Kilo Wasser, 2,75 Kilo gemahlener Granatschwarz, 1,38 Kilo gemahlener Borax, 0,37 wasserlöslicher grüner Zeerfarbstoff.

Rosenholzbeize: 22,5 Kilo Wasser, 2,25 Kilo gemahlener Granatschwarz, 1,13 Kilo gemahlener Borax, 0,67 Kilo wasserlöslicher Zeerfarbstoff (rosenholz).

Pappelholzbeize: 22,5 Kilo Wasser, 2,25 Kilo gemahlener gebleichter Schellack, 1,13 Kilo gemahlener Borax, 0,418 Kilo wasserlöslicher Zeerfarbstoff (Pappelholzfärbung).

Blaue Holzbeize: 27,5 Kilo Wasser, 0,9 Kilo harter Eßig, 3,6 Kilo gemahlener Drangeschwarz, 1,8 Kilo gemahlener Borax, 0,39 Kilo wasserlöslicher blauer Zeerfarbstoff.

Bei dieser letzteren Beize wird die Borax-Schellacklösung, dann die Lösung von Zeerfarbstoff in Eßig hergestellt, letztere in erstere eingegossen und dann gut gemischt.

Die Milzbrandkrankheiten in gewerblichen Betrieben haben sich in den letzten Jahren erheblich vermehrt, so daß der Bundesrat am 28. September 1909 die Anzeigepflicht für diese gemeingefährliche Krankheit vorgeschrieben hat.

nicht nur alle Erkrankungs- und Todesfälle, sondern auch alle Verdachtsfälle von Milzbrand müssen schleunigst der zuständigen Polizeibehörde angezeigt werden.

Literarisches.

Arbeiter-Taschenbuch für das Jahr 1911. Herausgegeben von dem Kartellverbande katholischer Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands.

Lebendiges Christentum; Arbeiterhaus und Arbeiterheim; was die Arbeiter von Bischof Ketteler sollen; Arbeiterinteressen und Handwerkspolitik; Umbildungen im parteipolitischen Leben; die soziale Schulung durch den Volksverein; Soziales Adreßbuch usw.

Worum muß unsere Volksschule christlich bleiben? Ein Warnungsruf an das christliche Volk von einem Schulfreund. 35 Seiten. Preis 25 Pfg. München 1911. Buchhandlung des Verbandes südd. kath. Arbeitervereine.

Briefkasten.

Berichtigung. Der Leitartikel in der letzten Nr. des „Holzarbeiter“ redet von einem „Schutz der internationalen Arbeit“.

Glück. Zwei Dinge sind möglich: entweder hat der Berichterkatter des „Volksfreundes“ nicht mehr verstanden was er hört, oder die „neutralen Buchdrucker“ haben mit ihrer Neutralität gebrochen und unserem Verbande die unerwünschte Stärke verschafft.

Adressenveränderungen.

Zentralauschuh der Stettmader. Severin Kuntel, Düsseldorf, Düsselthalerstraße 29.

Andernach. V. Johann Bergers, Steinweg 40.

Belmstedt. R. G. Richter, Bejumenstraße 8.

Obernassel. V. Johann Jany, Adergasse 28.

Schönan i. B. (Nicht Lobman wie es in Nr. 40 des „Holzarbeiter“ hieß) V. Leo Siegmart, Lunauerstraße 3.

Schwerdt. V. Gustav Kalms, Herrenstraße 221. R. Paul Baumer, untere Wilhelmstraße 15.

Ulm. V. Rupert Stoder, Gerbergasse 12.

Eingelegte Sourniere für Küchliche, Schatteln u. Säukagen.

Kuchenbogen gegen 20 Pfg. in Briefmarken. Schreibe Antragszettelchen.

Eustach. Viller, Metzgermeister, Heidelberg, Theaterstraße 7.

Zwei Möbelschüler (einstufig)

Gefährliche bezugsweise Arbeit auf bessere Möbel.

Wilhelm Stoll, Mechanische Möbelschneiderei, Ludwigs- u. Hoff.

Staatl. unterstützte städtische Fachschule für Handwerk u. Industrie Düsseldorf.

Lageskursus für Schreiner.

Beginn: 2. Oktober 1911. Schluß: 30. März 1912.

Der Unterricht umfasst wöchentlich 44 Stunden; hiervon 24 Stunden Zeichen. In jedem Monat neue Unterrichtsfächer (Zugführung, Schnitzkunst, gewerbliche Geometrie, Rechnen, Planimetrie, Maßstabentunde u. a. m.).

Die Teilnehmerzahl ist freigestellt zu bestimmen an welchen Unterrichtsstunden und wie lange er am Unterricht teilnehmen will. Schulgeld: 10.- Mk. pro Monat; für den ganzen Kursus 40.- Mk. Schulbuchbedingung: mindestens zweijährige Praxis und Vollendung des 17. Lebensjahres.

Die Teilnehmerzahl ist freigestellt zu bestimmen an welchen Unterrichtsstunden und wie lange er am Unterricht teilnehmen will. Schulgeld: 10.- Mk. pro Monat; für den ganzen Kursus 40.- Mk. Schulbuchbedingung: mindestens zweijährige Praxis und Vollendung des 17. Lebensjahres.



Sozialbeamter gesucht!

Die Zahlstelle Köln sucht zum 1. Januar 1912 einen tüchtigen, in der Agitation und in der Führung von Lohnbewegungen durchaus

erfahrenen Sozialbeamten.

Bewerber müssen mindestens 5 Jahre im Verband angehört haben.

Offerten unter Angabe der bisherigen Tätigkeit sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ Montag, den 6. November an den Vorsitzenden der Zahlstelle Köln, Kollegen Johann Noll, Köln, Luxemburgerstraße 77, II. einzusenden.

Der Bewerbung ist beizufügen eine selbstständig geschriebene Abhandlung über die Aufgaben eines Sozialbeamten und ein Lebenslauf.

Die Ortsverwaltung.